Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 / 611 62 49
Blz.: 100 500 00 / Kto-Nr.: 0670017787

Jetzt neu auf 32 Seiten nhz
im April 2002 #64

Es ist unbedingt an der Zeit, dass sich einige präsenile Gestalten aus den Rathausstübchen entfernen. Nicht, dass mir die Karin eine unheimlich sympathische Frau wäre, die anpackt, zupackt, wegpackt und ganz offensichtlich auf mir essentiell erscheinende Dinge draufk... - mitnichten. Diese Frau zieht einen Rattenschwanz an Leuten, die ich zum Teil nicht mehr fetzig finde, hinter sich her. Na egal, hier will doch echt niemand polarisieren.

Obligatorisch und verflucht investigativ ist die Suche nach Wahlmeinungen vermeintlich prominenter Provinzler durch Praktikanten der verschiedenen Periodika in Cottbus. Doch mitunter finden sich ganz herausragende Stilblüten. Wie die von W. Littlesmith, der sich stark restverwundert an die Analyse der Gründe für die geringe Wahlbeteiligung macht: "Leider haben sich nur 4o Prozent an der Wahl beteiligt - immerhin war es für acht Jahre!" Und jetzt kommt's: "Dabei war die Wahl mit den elektronischen Geräten so einfach, das Wetter war dazu noch schön" (alle Zitate in diesem Abschnitt aus dem Märkischen Boten vom 2o.3.2oo2). Mir selbst fällt auch partout nicht ein, woran es sonst gelegen haben könnte. Da kann ich mir nächtelang den Kopf zerbrechen und komme zu keinem Ergebnis. Ob es vielleicht etwas mit den KandidatInnen ... Jedenfalls ist er "Demokrat genug, das Ergebnis zu akzeptieren." Oho, da haben wir ja noch mal Glück gehabt, dass er sich nicht mal eben zu einem kleinen OB-Diktator mit Endmonsterqualitäten morpht. Ganz sicher ist er auch Mathematiker und Logikfanatiker genug, um zu behaupten: "Wenn die Wahlbeteiligung über 5o Prozent gelegen hätte, hätte Markus Derling eine Chance gehabt." Ich war nie gut in Mathe. Also, wenn jetzt mehr Leute ihre Stimme abgegeben hätten, wären das alles automatisch Derlingfans gewesen? Und wenn ja, warum haben sie ihn dann nicht gleich gewählt? Wo doch "die Wahl mit den elektronischen Geräten so einfach, das Wetter (...) dazu noch schön [war]." Oder frönten die scheuen Derlingianer der Form des stillen Protests?

Einer von denen, die eher nicht zur Stille neigen, ist Noch-Ordnungsdezernent Dr. Wolfgang "Wir-brauchen-ein-gesundes-Nationalbewußtsein-um-wieder-stolz-auf-Deutschland-sein-zukönnen" Bialas, der mittlerweile andere spektakuläre Tätigkeitsbereiche wie Makler für Lebensweisheiten oder Kaffeetassensprüchephilosoph ins Visier nimmt. Und er ist qualifiziert. Man nehme sich die Lausitzer Rundschau vom 5.3.2oo2 zur Hand und staune: "Wenn Fisch drauf steht, muss auch Fisch drin sein. Für einen Fischmarkt gilt das natürlich im Besonderen." Ich meine: Sensationelle Analyse.

[nasar]

Impressum

Herausgegeber:

Verein für ein multikulturelles Europa e.V.
Parzellenstraße 79, 03046 Cottbus
Mail – info@zelle79.info
Infos – zelle79.info

das übliche 4

INTERPROVINZIELL

Ich hab's so satt. 4
die Friedensbewegung und der Antisemitismus

Allah ist mit ihnen 4
Hardcore-Antiimps in Capitol-City

Menschenunwürdige Behandlung im Abschiebeknast Köpenick 6
Ein Gefangener mit Herzinfarkt wird erst nach 24 Stunden mit Handschellen ins Krankenhaus gebracht

Doch nicht Preußen 6

INTERVIEW

Conni e.V. 7
[nasar] im Gespräch zur Historie des Vereins mit Catrin [part 1] und zur aktuellen Situation mit Christoph [part 2].

Positonspapier des Conni e.V. 12
zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen im Rahmen des Widerrufsverfahrens des Jugendamtes, 11.3.02

POLITIK & ERBRECHEN

Ein Benes-Dekret ist wie ein Brennnessel-Sekret auf einem sudetendeutschen Arsch 14
Stoiber mag sie sowieso, schließlich sind sie der vierte Stamm Bayerns und auch Rot-Grün hat sie inzwischen für sich entdeckt.

Heraus zum 1. Mai 16
oder doch vielleicht zu Hause bleiben?

Waldspaziergänge, Schläfer, Sprengstoffdepots – 18
Die Geschichten eines Kronzeugen

„peinlich wenn man sagt wofür man ist" 20

Vernetzungstreffen für Mumia Abu-Jamal 25

Chronologie eines Justitzmordes 26

KULTURZEUG

Die Klavierspielerin 28

Ratschläge sind auch Schläge 29
Die Dönhoff gibt den Löffel ab

Die Liebe ertrag ich nur wenn sie schiefgeht 30

OBENKINOTIPPS 31

das übliche

31.12. 2001 / 01.01.2002,
Vetschau

Gegen 03.00 Uhr greift eine Gruppe von Nazis u.a. unter „Zecken" – Rufen den Proberaum der Band Warndreieck, in dem eine Party stattfindet, an. Die Jugendlichen können die Tür verbarrikadieren, die Nazis zerstören u.a. unter zur Hilfenahme von Gitterrosten mehrere Fenster. Als die Polizei kommt, sind die Angreifer verschwunden. Die Beamten weigern sich, mit der Behauptung die Jugendlichen seien alle betrunken, eine Anzeige aufzunehmen. Später müssen die Polizeibeamten ein zweites Mal kommen, da sich erneut Rechte auf einem in der unmittelbaren Nähe befindlichen Parkplatz treffen.
Auf Nachfrage der Lausitzer Rundschau sagt das Polizeipräsidium Cottbus, dass nicht von einem rechtsextremen Hintergrund ausgegangen werden könne.
(vgl. Tagesspiegel vom 04.01.2002 und LR Lübbenau vom 05.01.2002)

31.12.2001 / 01.01.2002,
Lauchhammer

Sogenannte „Jugendliche" rufen „Juden raus" und hantierten, laut Innenministerium, mit "pistolenähnlichen Gegenständen".
(vgl. Tagesspiegel vom 04.01.2002)

26./27.01.2002, Ruhland

In der Nacht wird der Friedhof am Sowjetischen Ehrendenkmal geschändet. Dabei werden alle Grabsteine umgestoßen und z.T. beschädigt.
(LR vom 28.01.2002)

08.02.2002, Cottbus

Während es im Gladhouse „Laut gegen rechte Gewalt" ist, laufen ca. 6 Nazis „Hier marschiert der nationale Widerstand" grölend die Wilhelm-Külz-Straße entlang.

08./09.02.2002, Calau

In der Parkstraße wird ein 16jähriger Aussiedler von einem rechtsradikalen Jugendlichen getreten und geschlagen. Der Aussiedler muß

Ich hab's so satt.

Der große Teil der deutschen Friedensbewegung hat seinen Frieden mit den Antisemiten dieser Welt gemacht. Böse sind die, die richtige Armeen mit Schießgewehren und Panzern ins Feld führen. So wie die USA und Deutschland und Israel ja sowieso. Mittlerweile ist den augenscheinlich wahrnehmungsgestörten Peacern der wahnsinnige und blutrünstige Hass fundamentaler Islamisten auf alles Jüdische nicht eine Zeile mehr in ihren empörten Appellen wert. Vielmehr gilt es ein aufs andere Mal, Israel unter die Nase zu reiben, "endlich das natürliche Recht der Palästinenser auf ein menschenwürdiges Leben und auf Heimat anzuerkennen" (Pressemitteilung der Aktionskonferenz der Friedensbewegung vom 17.3.2oo2). Selbstverständlich haben die Israelis kein Recht darauf, schon gar kein "natürliches", denn sie gehören ja zum größten Teil einer >wurzellose Rasse< an. Huch, Entschuldigung, das hört sich ja nach etwas ganz verruchtem an, sorry, das war früher. Nein, ich will natürlich nur schüchtern andeuten, dass es völlig legitim zu sein scheint, für "einen palästinensischen Staat mit Ostjerusalem als Hauptstadt" (Pressemitteilung der Aktionskonferenz der Friedensbewegung vom 17.3.2oo2) Kaffee trinkende israelische Teenager in Stücke zu bomben. Mehr nicht. Dagegen protestieren? Das ist doch Befreiungskampf, der legitimiert sich ja aus sich selbst heraus. Wenn dann auch noch richtige israelische Jagdflugzeuge so genannte Flüchtlingslager angreifen, von denen aus diese niedlichen kleinen Kassam-Raketen auf Israel abgefeuert werden, nahaaa, dann erst. Kein Wort von Bombenwerkstätten in diesen Lagern und kein Wort von der Perfidie seitens der >Freiheitskämpfer<, tatsächliche Flüchtlinge in diesen Fällen als menschliche Schutzschilde zu benutzen. Nein, es wird gleich gehandelt. Als die Aktion 3.Welt Saar, die sich den Themen Asyl, Rassismus und deutsche Außenpolitik widmet, einen ihrer Rundbriefe unter dem Titel "Solidarität mit Israel" herausbrachte, folgten auf dem Fuße Entsolidarisierungsstatements und Austritte einiger MitgliederInnen. Einer öffentlichen Auseinandersetzung verweigerten sie sich. Hans Wolf von der Aktion 3.Welt Saar dazu: "Wer Israel nicht als Terror- oder Schurkenstaat betrachtet, katapultiert sich offensichtlich aus der zivilgesell-

schaftlichen Diskussion in Deutschland heraus" (Jungle World vom 20.3.2002). Derweil schänden Deutsche mittels Schweineköpfen und Sprühereien jüdische Friedhöfe. Den zwischenzeitigen Höhepunkt markiert allerdings der Sprengstoffanschlag auf den Jüdischen Friedhof Berlin-Charlottenburg am 16.3.2002. Fensterscheiben einer Trauerhalle gingen dabei zu Bruch. Nicht unbedingt aufsehenerregend, oder?

Allah ist mit ihnen

Ähnlich uncool gerieren sich die Hardcore-Antiimps in Capitol-City. Im Zuge der Diskussionen um die Neukonzipierung des 1.Mai in Kreuzberg (siehe Artikel S. 16) verwiesen sie während eines Vorbereitungstreffens zur Revolutionären 1. Mai-Demo die Antifaschistische Aktion Berlin (AAB) der Räumlichkeiten. Grund genug war ihnen, dass die AAB ebenso eine Beteiligung an den vom Bündnis "Denk Mai Neu" angestrebten Aktivitäten wie auch an der einzig wahren und revolutionären und linken Materialschlacht anvisiert. Das kann nicht sein, dachte sich auch das Palästina-Soli-Komitee und schmiss mit raus. Der Vorwurf an die AAB bestand im Wesentlichen darin, dass auch Mitglieder der GRÜNEN und der SPD, "Kriegstreiber" nämlich, mit den "Denk Mai Neu"-Leuten zusammenarbeiten. Unbeachtet blieb der Umstand, dass das Palästina-Soli-Komitee in einem anderen Zusammenschluss u.a. mit der Konrad-Adenauer-Stiftung anti-israelische Aktivitäten plant - einen Palästina-Soli-Block bei der den Kapitalismus endgültig wegfegenden 1. Mai-Demo zum Beispiel. In ihrem regressiven Wahn machen die deutschen AntiimperialistInnen jedenfalls vor nichts mehr Halt. Ganz bewusst frönen sie einem himmelschreienden Antisemitismus, indem sie Bündnisse mit Personengruppen eingehen, die offen antisemitisch und geschichtsrevisionistisch sind. In der Zeitung des Palästina-Soli-Komitees, die bekennenderweise den Namen "Intifada" trägt, wird ein "israelischer Faschismus" konstruiert und von seinem Führer, dem "faschistischen Bluthund Scharon" fabuliert. Israel "ist Krieg". Alles neu macht der Mai.

das übliche

sich in ambulante Behandlung begeben. Die Polizei ermittelt gegen einen ihr bereits bekannten Täter.
(LR Calau / Lübbenau vom 12.02.2002)

09.02.2002, Guben

Unter der Führung von Georg Paletta (Interessengemeinschaft für die Wiedervereinigung Gesamtdeutschland) zwischen 40 und 50 Nazis durch die Altstadt. Skandiert werden Parolen gegen die „internationale Völkermordzentrale USA", für die „Freiheit für Palästina" und die „Todesstrafe für Kinderschänder", gefordert wird die Rückgabe der „verlorenen" Gebiete. Gesungen wird auf einem Parkplatz an der Grenze. Anwesend waren u.a. auch Vertreter des NPD-Kreisverbandes Spreewald.

09./10.02.2002, Lauchhammer

Etwa 40 „Jugendliche" skandieren am Wochenende in der Thomas-Mann-Straße verfassungsfeindliche Parolen. Ein Bürger ruft die Polizei, die stellt mindestens vier ihr bekannte Personen fest. Alle Teilnehmer des „Treffens" erhielten Platzverweise.
(LR Senftenberg vom 12.02.02)

Als Reaktion des SPD-Ortsvereines wird am 15.02.2002 „ein Zeichen gegen Ausländerfeindlichkeit, für Menschlichkeit und Toleranz - gegen rechte und linke Gewalt" gesetzt. Ca. 3 Stunden plaudert der SPD-Bürgermeisterkandidat Fred Gleitsmann mit ca. 200 Jugendlichen, die „eigentlich keine echten Rechts- oder Linksextremisten sind". Was Lauchhammer braucht, sei „Ruhe und kein Zoff". Damit das wieder so wird, gibt es eine Plakatwand, auf der kann „jeder seinen Frust (...) schreiben".
(LR Senftenberg vom 16.02.2002)

15.02.2002, Cottbus

An der Kreuzung Bahnhofsstraße / Berliner Straße werden drei Jugendliche von zwei Nazis angegriffen. Einer der Jugendlichen wird dabei verletzt und muss ca. 10 Tage im Krankenhaus verbringen.

das übliche

Gegen 23.30 Uhr werden aus einem vorbeifahrenden Golf zweimal Flaschen auf das Gladhouse geworfen. Beim zweiten Mal treffen sie das Auto des vom Gladhouse eingesetzten Sicherheitsdienstes und beschädigen es.

03.03.2002, Lauchhammer

Am Nachmittag entdecken AnwohnerInnen in der Schillerstraße im Stadtteil Ost rechtsextreme Schmierereien an der Rückwand einer Garage, u.a. SS – Runen, ein Hakenkreuz und „Arische Bruderschaft".
(LR Senftenberg vom 05.03.2002)

06.03.2002, Spremberg

Gegen 22.00 Uhr wird ein 29jähriger Asylbewerber beim Joggen in den Slamener Höhen angegriffen. Aus einem hinter ihm anhaltenden Auto steigen vier oder fünf Personen. Als eine von ihnen „Scheiß Ausländer" ruft, rennt er weg. Die Angreifer verfolgen ihn und greifen mit einem Gegenstand an. Auf der Polizeiwache wird eine Schnittverletzung am Oberarm festgestellt. Der Asylbewerber muss sich in ärztliche Behandlung begeben.
(LR vom 08.03.2002)

17.03.2002, Lauchhammer

Eine Garagenwand in der Schillerstraße / Lauchhammer-Ost wird erneut mit einer Naziparole beschmiert. Die "Arische Bruderschaft" sprüht ein 7,5 x 1,5 Meter großes "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus". In der näheren Umgebung wurden weitere Schmierereien festgestellt. Die Polizei ermittelt.
(LR Senftenberg vom 18.03.2002)

17.03.2002, Lauchhammer

Eine Garagenwand in der Schillerstraße / Lauchhammer - Ost wird erneut mit einer Naziparole beschmiert. Die "Arische Bruderschaft" sprüht ein 7,5 x 1,5 Meter großes "Deutschland den Deutschen - Ausländer raus". In der näheren Umgebung wurden weitere Schmierereien festgestellt. Die Polizei ermittelt. (LR Senftenberg vom 18.03.2002)

Menschenunwürdige Behandlung im Abschiebeknast Köpenick

Ein Gefangener mit Herzinfarkt wird erst nach 24 Stunden mit Handschellen ins Krankenhaus gebracht

Am 7. März 2002 berichtet der Flüchtlingsrat Berlin in einer Presseerklärung von einem unglaublichen Vorfall im Abschiebeknast Köpenick: Bereits Ende letzten Jahres, am 2.12.2001 erlitt ein dort inhaftierter 27-jähriger Albaner aus dem Kosovo einen Herzinfarkt und erhielt erst einen Tag später angemessene ärztliche Versorgung. Empört wenden sich Flüchtlingsrat, der Chefarzt des Krankenhauses Köpenick und die Menschenrechtsbeauftragte der Ärztekammer Berlin an den Innensenator Berlins, Dr. Körting, und stoßen auf eine Mauer der Ignoranz. Statt dem Betroffenen die notwendige Ruhe und ärztliche Betreuung zuzugestehen, wird dieser Mitte Februar zum polizeiärztlichen Dienst vorgeladen, um seine Reise- und Flugfähigkeit zu überprüfen.
Ausführliche Presseerklärung des Flüchtlingsrates unter:

http://www.fluechtlingsrat-berlin.de

Doch nicht Preußen

Sollte es einmal zu einem gemeinsamen Bundesland Berlin-Brandenburg kommen, dann wird dieses nicht Preußen heißen. So entschied zumindest das Brandenburger Landesparlament in einer Abstimmung mit 59 zu 5 Stimmen gegen einen entsprechenden Antrag. Selbst Sozialminister Alwin Ziel lehnte den Antrag ab, obwohl er noch einen Monat vorher den Namen Preußen ins Gespräch gebracht hatte (nhz # 63).
Es darf allerdings bezweifelt werden, dass dieses eindeutige Ergebnis auf ein Bewusstsein vom Falschen zurückzuführen ist. Viel eher dürfte die Tatsache, dass der Antrag von der rechtsextremen DVU gestellt wurde, für die richtige Entscheidung der Abgeordneten verantwortlich sein. Es gibt eben doch nichts Richtiges im Falschen. Ach Adorno, wieso sagst du nur solche Dinge?

[zusammengestellt von nasar & bonita appleum]

Wenn es der Conni schlecht geht, hilft nicht unbedingt eine Psychotherapeutencouch oder Antibiotikum. Die Probleme des Jugendhauses AZ Conni in Dresden waren schon in der März-nhz Thema. Politische Kräfte in der Stadt wollen einem renommierten und erfolgreichen linken Projekt den Garaus machen, indem sie urplötzlich verfassungsfeindliche Aktivitäten entdecken. Angeblich sei der Conni e.V. als Trägerverein verantwortlich für die politischen Diskussionen, Ansichten und Aktionsformen einzelner NutzerInnen des Hauses. Wenn sich CDU und andere Salonfaschisten durchsetzen, bedeutet es das Ende für einen Ort, der seit Jahren nicht nur herausragende Konzerte veranstaltet sondern gerade im Bereich emanzipatorischer Kinder- und Jugendarbeit verdammt viel auf die Beine stellt.
[nasar] im Gespräch zur Historie des Vereins mit Catrin [part 1] und zur aktuellen Situation mit Christoph [part 2].

° part 1

Wie kam es zur Gründung des Conni e.V.? Aus welchen Ideen und Überlegungen heraus entwickelte sich der Verein?

Der Conni e.V. wurde '91 gegründet und hatte ursprünglich kein politisches Konzept. Eigentlich war das mal so ein Haufen von Dresdener Intellektuellen, Künstlern, Musikern und auch Steinmetzen. Die wollten eher so 'ne Art Lesecafé machen in der Neustadt mit Livemusik. Als ich etwa '92 dazustieß, war das schon so, dass auch Jugendliche dazukamen, die einfach einen Raum gesucht haben. Und da wurde schon, nach heutigen Gesichtspunkten, mit sog. Jugendsozialarbeit begonnen. Später kamen auch noch kleinere Kinder hinzu und die Kinder-Conni und der Kinderladen wurden gegründet, weil einige von uns Kinder haben und der Bedarf im Viertel, in dem auch sozial schwache Familien wohnen, einfach da war.

Und dann war das einfach so ein fließender Übergang. Wir stellten fest, dass wir uns endlich mal konkret in die Stadtpolitik einmischen müssen und hatten da auch Lust drauf, einige stammten ja auch aus der DDR-Bürgerbewegung und die Zeit der Lähmung und Desorientierung war wieder vorbei.

Gab es konkrete Ereignisse, die einen Politisierungsschub bewirkten? In der Zeit nach der Wende war ja das Naziproblem ganz massiv, auch in Dresden.

Ja, das hat auf jeden Fall eine Rolle gespielt. Der Conni e.V. wurde ja auch schon von Nazis angegriffen, als er noch keine explizit politische Ausrichtung hatte, als einfach klar war, dass die Deppen auch auf alternative Sachen losgehen. Das war dann so, dass die Leute keine Lust hatten, sich das gefallen zu lassen und anfingen, in der Richtung etwas zu machen.

Und dann kamen einfach auch Arbeitssachen dazu, z.B. beim Kinderladen, den wir anfangs schwarz gemacht hatten. Später sollten da Lohnkostenzuschüsse gekürzt werden und wir haben uns dann eben auf dieser Strekke sehr engagiert. Nach und nach fanden auch verschiedene Initiativen zusammen, die gesehen haben, dass man bei uns was machen kann, was wiederum zu einer starken Dynamik führte. So sind wir mehr und mehr in die politische Ecke gerückt und wurden auch ziemlich schnell von der Stadt Dresden, die ja erzkonservativ ist, angegriffen. So ergaben sich auch einige Möglichkeiten, uns zu wehren. Dieses Gegenhalten gegen die Stadtpolitik führte dazu, dass sich das Ganze immer mehr politisiert hat.

Die BRN (Bunte Republik Neustadt) war ja zum damaligen Zeitpunkt eine recht starke kulturell-oppositionelle Kraft. Habt ihr auch von dort her Unterstützung erfahren? Also, dass ein Stadtteil "seine" Projekte auch schützt und verteidigt?

Ja, klar. Das war ja so, dass die Projekte auch zusammengearbeitet haben, weil die Bedrohung der einzelnen Projekte immer stärker wurde und auch die Vertreibung aus der Neustadt wegen den Sanierungen. Da wurde ziemlich viel auf die Beine gestellt.

Ab welchem Zeitpunkt stellten sich denn die ersten Erfolge bezüglich einer Förderung seitens der Stadt ein? Wo lag der konzeptionelle Knackpunkt, an dem die Stadt nicht mehr vorbeikam?

Das war gleich Anfang der 90er, als eigentlich noch ziemlich viel möglich war. Das Jugendamt war beispielsweise sehr offen und froh, dass sich da Leute auf dem Gebiet der Jugendarbeit engagiert haben und erkannten das auch an. Wir hatten damals 'ne richtig gute Zusammenarbeit und ich glaube, die haben uns damals ziemlich gemocht. Für die waren wir auch wirklich ein wenig exotisch, weil wir die Fördergelder gern genommen haben, aber ganz klar gesagt haben, dass wir uns da nicht in irgendwelche Abhängigkeiten begeben wollen insofern, dass wir dann nach deren Pfeife tanzen. Das ist heute inzwischen ein bisschen anders. Weggebrochen ist das damit, dass sich im Amt Leute verändert haben, z.B. versetzt wurden und so gewisse persönliche Beziehungen, die entstanden waren, nicht mehr da waren.

Eine wichtige Rolle dabei spielt auch, dass wir einige Probleme mit dem Hausbesitzer hatten. Der wollte uns unbedingt aus dem Hinterhaus in der Conradstrasse raus haben, es war halt bunt und viele Punks waren da, und fing an, innerhalb der Stadt gegen uns zu schießen. Er ging soweit zu behaupten, dass wir RAF-Sympathisanten sind dort 'ne Zentrale hätten. Dem war nichts zu blöd. Das haben diese konservativen Politiker gern aufgegriffen. Wir hatten damals auch einen Conni-Flyer rausgegeben, der erst Programmzeitung war und in dem wir immer mehr politische Statements abgegeben haben und das war für die CDU, DSU und FDP immer ein Thema wert und sie versuchten, uns zu kriminalisieren.

Und das Ganze gipfelte dann in einem Brandanschlag.

Das war '95 gewesen und ziemlich heftig. Das hat sich aber entwickelt. In dem Vorderhaus arbeiteten Leute, die ständig angefangen haben, uns da vollzumotzen mit >Rote Zecken< und so. Die haben dann die Kneipe überfallen, an drei verschiedenen Stellen Feuer gelegt und die Leute noch ein bisschen vermöbelt.

Ich kann mich entsinnen, dass das wohl die Bauarbeiter gewesen sein sollen.

Ja ja, das waren die Bauarbeiter. Von denen wurden ja auch einige festgenommen, aber da ist eigentlich nie etwas rausgekommen. Das war alles sehr suspekt. Und wir sind der Meinung, dass da ein Auftrag dahinter stand. Es waren nicht explizit Glatzen, aber ausgehend von den Auseinandersetzungen, die wir vorher hatten, kann man schon sagen >Das waren "faschistoide" Bauarbeiter<.

Und daraufhin kam das Haus in der Leonhard-Strasse...

Ja, uns war klar, dass wir sowieso raus müssen, unser Mietvertrag sollte Dezember '96 enden und wir haben also schon 'ne ganze Weile vorher gesucht. Außerdem war alles schon viel zu klein geworden. Vom Amt her wurden wir auch kräftig unterstützt, nur die Politik hatte überhaupt keinen Bock darauf und da gab's unheimlich viele Auseinandersetzungen. Es war wirklich eine sehr interessante und intensive Zeit. Die politischen Kräfte von rechts haben da ständig gegen uns geschossen, konnten aber den Jugendhilfeausschuss nicht überzeugen. Zum Beispiel das Haus, in dem wir jetzt sind, war früher eine Kinderkrippe und sollte ohnehin geschlossen werden. Da wurde unterstellt, dass wegen uns die Krippe geschlossen wird und so für viel böses Blut bei den Eltern dort gesorgt. Es gab damals ein herrliches Flugblatt, was dann rumging, und zwar hieß das "Der Rote Bote", in dem gegen die "kapitalistische Erziehung" gewettert wurde und das mit einem Sprach-

duktus aus den 30er Jahren daherkam. Ziemlich witzig eigentlich, wir haben uns alle darüber amüsiert, das Amt allerdings nicht.

Wie? Das wurde als Unterstützung für euch veröffentlicht?

Nee, das wurde veröffentlicht, um uns zu diffamieren und auch an der Schule, mit der wir wegen dem Kinderladen zusammenarbeiten wollten, verteilt. Die haben daraufhin auch die Arbeit mit uns eingestellt.

Bei unserem Verein in Cottbus gab es immer wieder für mich recht entmutigende Phasen, die nicht selten internen Querelen zugeschrieben werden konnten - Stichwörter fehlende Frequentierung und Sinnkrisen. Waren solche auch bei euch Bestandteil der Entwicklung? Und wenn es sie gab, wie habt ihr euch über den Berg geholfen?

Wir sind dann '95 umgezogen und haben auf der Leonhardt-Strasse gebaut und es war dann schon so, dass ein Haufen Leute weggebrochen waren. Ralf und ich haben das Ganze dann ziemlich allein gemacht. Es war schon so, dass wir da oft ganz schön verzweifelt waren und uns fragten, wofür wir das denn noch machen und uns gegenseitig immer aufbauen mussten. Und dann kamen doch wieder viele Leute zu uns mit neuen Ideen, z.B. mit dem Buchladenprojekt "König Kurt".

Musstet ihr da wieder von Null anfangen oder kamen Leute, die schon Erfahrungen mitbrachten?

Nee, vom Urschleim mussten wir nicht wieder anfangen. Das waren Leute, die vorher zwar nicht in der Conni aktiv waren, aber schon eine gewisse Erfahrung hatten. Bis auf die Jugendarbeit, das war ja alles ein neues Einzugsgebiet, mussten wir kaum etwas wieder aufbauen. Es hat sich inzwischen wieder ein richtig guter Kreis gebildet. Wir hatten anfangs schon auch heftige Auseinandersetzungen, was z.B. die Finanzierung betrifft, jetzt nicht unbedingt über Fördergelder, eher über Sponsoring durch Parteien. Ich denke aber, wir haben inzwischen einen richtig guten Konsens was die Ansprüche an das Haus betrifft, mit wem wir zusammenarbeiten wollen und mit wem nicht. Parteien z.B. sind bei uns völlig ausgeschlossen. Wir hatten die Kneipe auch mal an Leute untervermietet, bei denen wir feststellen mussten, dass unsere politischen Ansichten doch sehr unterschiedlich waren. Die waren schon sehr auf Kommerz aus und da gab's intern heftige Auseinandersetzungen, da hatten wir offensichtlich einen Fehlgriff getan. Die haben dann auch selber aufgehört und jetzt ist das alles kein Problem mehr, da der Kneipenverein aus unseren eigenen Leuten besteht.

Momentan geht es auch wieder aufwärts, wir hatten jetzt 'ne Durststrecke aufgrund dieser Auseinandersetzungen mir der Stadt, als wir ein bisschen gelähmt waren, weil wir uns eben darauf konzentriert haben. Uns hat das alles aber auch ziemlich viel gebracht, weil wir wieder ein bisschen mehr zu uns gefunden haben und jetzt genau wissen, was wir wollen. Wir haben uns gesagt >Wir scheißen auf die Fördermittel<. Wir haben den politischen Anspruch, den wir nicht aufgeben und wenn wir keine Fördermittel mehr kriegen dann >Shit happens<. Wenn wir welche bekommen, ist das o.k., aber wir prostituieren uns nicht dafür. Das Problem ist aber auch, dass da Arbeitsstellen dranhängen, die wegbrechen können, was für einige 'ne ziemliche Katastrophe wäre. Aber wir wollen jetzt diese Auseinandersetzung und wir gehen auch wegen diesem Widerrufsbescheid für die Fördermittel vom letzten Jahr vor Gericht.

Ich will auch noch mal sagen, weil mir das gerade einfällt und es da 'ne richtig gute Zusammenarbeit gibt, dass das freie Radio Coloradio in Dresden zeitweise auch keine Gelder mehr bekommen hat. Wir haben halt gemerkt, wie wichtig es ist, wenn sich diese Projekte mit einem linken Anspruch auch gegenseitig unterstützen.

° part 2

Wann zeichnete sich denn zum ersten Mal ab, dass ihr mit euren öffentlich artikulierten Ansprüchen Gegenwind erhalten würdet?

Die Situation, die wir jetzt ganz extrem haben, existiert alle Jahre wieder. Angestoßen wird die Entwicklung meistens von ziemlich konkret umrissenen Figuren aus der CDU. Vor allem ist da zu nennen Lars Rohwer, der mittlerweile Landtagsabgeordneter ist, aber schon als er noch im Stadtrat war das Conni zur Profilierung seiner selbst aufs Korn genommen hatte. Seitdem passiert das nahezu jährlich. Es trifft Coloradio und es trifft AZ Conni. Es gab wohl mal ein Treffen der CDU, wo auch öffentlich geäußert wurde, dass man die linken Projekte in der Stadt aufs Korn nimmt und sie gerne beseitigen möchte. Das ist der erklärte Anspruch.

Hatten die Profilierungsversuche seitens des Herrn Rohwer früher weniger Hand und Fuß? Liegt das momentane Problem eher darin begründet, dass das öffentliche Bild globalisierungskritischer Themen und damit verbundener Militanz in bestimmter Weise geprägt ist? Diese A2D2-Geschichte ist ja ein zentraler Punkt in der Argumentation gegen euch.

Es ging eigentlich schon immer um ähnliche Dinge. Die Sache ist die, es hat sich eigentlich nichts verschärft. Seit vier Jahren hat man auf unsere Konzeption Förderung gewährt aber plötzlich tut man halt so, als wäre das die ganze Zeit unbekannt gewesen, was hier passiert. Was die Stadt nicht zur Kenntnis nehmen will, ist, dass es Freiräume gibt, wo sich Jugendliche und natürlich auch politische Gruppierungen entfalten können, ganz bewusst auch nicht reglementiert und kontrolliert.

Speziell zur A2D2 gibt es widersprüchliche Aussagen des Verfassungsschutzberichtes. Zum einen haben sie angeführt, dass die linksextremistischen Tätigkeiten innerhalb des AZ Conni zugenommen hätten, zum anderen mussten sie einräumen, dass die ihrer Meinung nach aktivste Gruppe gar nicht mehr aktiv ist. Es geht auch darum, dass hier Räume genutzt wurden, das aber eine getrennte Geschichte ist zwischen dem Trägerverein und dem Jugendhaus AZ Conni an sich.

Euch wird Linksradikalismus bzw. Linksextremismus vorgeworfen. Wofür steht dieser Begriff eigentlich eurer Meinung? Ich weiß natürlich auch um die realpolitischen Sach- und Aussagenzwänge.

Schwierig, weil der natürlich sehr ausfüllungsbedürftig ist. Also, wenn man unter Linksextremismus versteht, dass es Konzepte, Ideen und auch Kommunikation darüber gibt, was es für linke Alternativen jenseits der Parlamentarischen Demokratie gibt, dann lass' ich mir den Vorwurf >Linksextremismus< gern gefallen. Wenn das jetzt bezogen ist auf Aktionsformen, auf ein gewisses Stadium der Gewaltdiskussion innerhalb der Linken, dann ist es definitiv so, dass da der Conni e.V. keine Position, die das offen fördert, vertritt. Ich finde das z.B. das Gorlebener Konzept des Widerstandes und auch das Konzept der Globalisierungsbewegung, dass es einfach Leute gibt, die diskutieren und Ideen entwickeln und die nach außen propagieren und Leute gibt, die dafür sorgen, dass das erst mal Thema wird. Und die haben sich dann höchstwahrscheinlich anders mit dem Gewaltbegriff auseinandergesetzt. Es ist absolut sinnvoll, diese Leute nicht auseinander zu dividieren und nicht diese Frage zur dominanten zu machen. Das ist jetzt meine persönliche Meinung, ich kann da jetzt nicht für das Conni sprechen.

Auf der anderen Seite denke ich, im Conni gibt's Freiräume, wir wollen und können nicht kontrollieren, was die Leute hier konkret besprechen und für Ansichten haben. Es gibt aber keine aktive Aufforderung dazu, beispielsweise bestimmte gewaltvolle Aktionsformen zu bevorzugen. Es gibt halt das eine, dass die Analyse von Bewegungen und Notwendigkeiten für Aktionsformen, die wir als Linke und natürlich als Opposition zu den herrschenden Verhältnissen und zum Staat überlegen, die da sicherlich auch entwicklungsoffen ist und viele Aktionsformen mit einschließt und es gibt halt die Ebene, dass man als freier Träger der Jugendhilfe das nicht aktiv befördert, sondern

diese Dinge werden von Gruppen, die innerhalb des Connis agieren, auch sicherlich diskutiert. Sie werden vom Conni e.V. aber nicht reglementiert.

Was konkret ist durch das Widerspruchsverfahren gefährdet? Die Existenz des Vereins an sich samt Haus oder einzelne Komponenten?

Vordergründig geht es um ein Widerrufsverfahren für die Förderung 2oo1, die gewährt wurde, was bedeuten würde, dass die Förderung zurückgezahlt werden muss, was wiederum faktisch die Insolvenz des Conni e.V. bedeuten würde. Das ist die eine Ebene der Geschichte. Die andere Ebene ist, es geht natürlich auch um die Förderung für dieses Jahr und es geht indirekt auch um das Haus. Denn die Fördervoraussetzungen hätten wir bei einem für die Stadt erfolgreichen Widerrufsverfahren dann juristisch nicht erfüllt. So wäre gleichzeitig die Tür aufgestoßen, uns den Status als freier Träger abzuerkennen. Unser Mietvertrag mit der TLG ist aber übertitelt mit >Mietvertrag für einen freien Träger der öffentlichen Jugendhilfe<, womit sozusagen die Grundvoraussetzung des Vertrags zerstört wäre und damit auch das Haus flöten gehen könnte. Also, es geht schon um alles.

Ich habe ja gelesen, dass das AZ Conni in Dresden ein recht beliebter Dancefloor ist, was mich zu einer Frage, die Unterstützung betreffend, leitet. Wie sieht die denn aus? Gibt es eine Art Lobby? Ist diese partei- oder strömungsübergreifend?

Es gibt eine Solidarisierung mit dem Conni. Wir haben mal 'ne Demonstration gemacht des Nächtens mit 4oo Leuten, wir haben den berühmt-berüchtigten Jugendtanz, der immer gut besucht ist, verlegt auf den Rathausvorplatz während einer Jugendhilfeausschusssitzung und da hat man gesehen, dass es den Leuten nicht nur um Tanzen und das Konsumieren von kulturellen Unterhaltungsangeboten geht, sondern auch eine eigene Betroffenheit auslöst, dass man das Verschwinden des Conni als Veranstaltungsort auch als Verlust begreifen würde. Es wäre für Dresden definitiv ein Verlust und das ist auch bei vielen Leuten angekommen.

Was die institutionelle Unterstützung betrifft, ist zu sagen, dass es von den Parteien BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, SPD und PDS ein klares Bekenntnis zum AZ Conni gibt. Auch im entscheidenden Gremium Jugendhilfeausschuss gibt es einige Leute, die sich wünschten, dass dieser ganze Spaß bald vorbei ist und das Conni weiter existieren könnte. Allerdings sind dort keine klaren Mehrheiten für oder gegen Conni zu verorten. Das Jugendamt selber ist eigentlich unser großes Problem. Der Leiter hat mehrfach bekundet, dass er Interesse hat, dass das Widerrufsverfahren positiv für das Jugendamt ausgeht, unter Missachtung vieler Formregeln, die eigentlich bei solchen Sachen einzuhalten sind. Z.B. hätten sie als Fachaufsicht den Trägerverein des AZ Conni informieren oder warnen müssen, wenn sie vom Verfassungsschutz Erkenntnisse haben, dass linksextremistische Bestrebungen hier stattfinden.

Wir haben bereits Stellungnahmen dazu abgegeben, und zwar vor den Stellen, die damit befasst sind, Jugendamt und Jugendhilfeausschuss und dem Bürgermeister für Soziales. Diese Schreiben enthielten eine Klarstellung der Situation, die jedoch von außen anders gesehen wird als wir sie selbst empfinden, nämlich einfach auch die Trennung zwischen Trägerverein und den Geschehnissen hier.

Vielen Dank für das Gespräch!

Spenden an Conni e.V.:
Kontonummer 3584501 / BLZ 85020500 / Bank für Sozialwirtschaft

Positionspapier des Conni e.V.

zum gegenwärtigen Stand der Verhandlungen im Rahmen des Widerrufsverfahrens des Jugendamtes, 11.3.02

Jugendarbeit mit rein caritativer Ausrichtung ist ein reaktionäres Geschäft. Es würde einseitig den betreuten Jugendlichen eine Anpassung an ein System aufbürden, von dem es weder falsch noch verboten ist festzustellen, daß da einiges zu wünschen bleibt. Integration in eine demokratische Gesellschaft findet, anders als etwa bei einer Monarchie, im Bereich des Politischen statt. Menschen und Gruppen organisieren die Vertretung und Durchsetzung ihrer Interessen. Zu einem Zeitpunkt, da ein Großteil der Bevölkerung hübschere Wochenendvergnügen kennt, als Wahlzettel auszufüllen, wäre es für die Demokratie eine dramatische Realitätsverweigerung, die politischen Gruppenbildungen von Jugendlichen nicht zur Kenntnis zu nehmen. Das Jugendhilfegesetz orientiert klar auf eine wertgebundene Jugendarbeit, weil der Gesetzgeber den Aspekt politischer Integration für unerläßlich hält. Nicht jede politische Jugendgruppe ist per se gut. Vielmehr ist gerade in den 90er Jahren eine Zunahme von Bewegungen zu verzeichnen, die nicht gerade freiheitlich orientiert sind und ganz gerne "geordnete Verhältnisse" hätten, sprich: die Abwesenheit politischer Differenzen und Fremder. Eine rechtliche Auseinandersetzung mit solchen Bewegungen, oder deren Verhaustierung durch "akzeptierende Jugendarbeit" erscheinen albern, wenn man sieht, dass diese Bewegungen die Folge eines Attraktivitätsverlustes von Demokratie und Recht in bedauerlicherweise großen Bevölkerungskreisen ist. Politische Auseinandersetzung ist notwendig. Demokratie stirbt, wenn die Freude an Konflikten erlahmt, wenn Menschen sich politische Homogenität wünschen.

Dresden ist 12 Jahre nach der Wende von einer obrigkeitsstaatlichen politischen Kultur gezeichnet. Politischen Gegnern wird das Existenzrecht bestritten, alle Augen heften sich an mögliche Kandidaten für den Posten des "starken Mannes". In den Ämtern scheint die Vorstellung, den Bürgern Gnade zu erweisen, nicht ungewöhnlich. In so eine Situation hinein paßt es, wenn ein aufstiegsorientierter Landtagsabgeordneter mit wohlgeübten Attacken seit Jahren linke Projekte versucht, kaputt zu machen. Es paßt auch hinein, wenn eine Stadträtin dieses Erfolgsmodell adaptiert. Es ist ein unerträglicher Opportunismus, wenn ein Jugendamt, besetzt mit Personen, die schon jahrelange Erfahrungen mit den politischen Auseinandersetzungen haben, sich von diesen Aktivitäten so weit treiben läßt, daß es schließlich meint, nur noch rechtlich reagieren zu können.

Wir haben mit all dem relativ wenig zu schaffen. Wir haben den Dresdner Muff nicht erzeugt. Wir werden Lars Rohwer und seine FreundInnen nicht bekehren. Wir haben mit den politischen Loyalitätsproblemen innerhalb der Stadt nix zu tun. Jetzt sollen wir, damit andere ihr Gesicht wahren, irgendeine Schuld bekennen. Wir sind unschuldig. Wir sind weder Extremisten, noch hätten wir in frevelhafter Weise Extremisten gehätschelt oder auch nur gewähren lassen. Statt dessen sehen wir einen Extremismus der Mitte, wo abweichende Positionen eliminiert werden sollen und damit die Demokratie erwürgt.

Wir sind nach wie vor der Auffassung, daß es sehr gute Gründe für das Jugendamt gibt, das laufende Widerrufsverfahren ohne weitere Verhandlungen zu unseren Gunsten zu beenden. Dazu müßte sich das Amt allerdings wenigstens einem der folgenden Argumente öffnen.

Die vom Verfassungsschutz vorgelegten Dokumente beinhalten eine Zuschreibung: "Extremismus" im Zusammenhang mit verschiedenen im Hause aktiven Personen und Gruppen. Diese Benennung hat zunächst einmal den Sinn, die Beobachtung durch den Verfassungsschutz zu rechtfertigen. Es handelt sich dabei beileibe nicht um eine gerichtsverwertbare Tatsache. Entsprechend sind die vorgelegten Texte offen für Interpretation, weiter noch: eingedenk der rechtlichen Bestimmung zum Verfassungsschutz nötigen sie den Verwerter, i.d.R. Gerichte - im konkreten Fall das Jugendamt, eigene Wertungen der Inhalte vorzunehmen. Wir gehen nach wie vor davon aus, daß eine Extremismusbehauptung aufgrund der vorliegenden Dokumente vor Gericht keinen Bestand hätte.

Das Jugendamt orientiert sich statt dessen an der Begriffsverwendung durch den Verfassungsschutz und zieht daraus die Konsequenz, "Zweifel" an der Grundgesetzförderlichkeit unserer Arbeit entspr. § 74 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 SGB XIII anzumelden. Vorwurf ist die man-

gelnde Klarheit unserer Position gegenüber den vermeintlichen "Extremisten". Wenn eine Interventionspflicht beim freien Träger vorliegt, dann wohl eher gegen konkrete extremistische Handlungen und nicht gegen die Handlungen von "Extremisten". Die Unterlagen geben für solche Vorwürfe nichts her. Es mag dennoch sein, daß Handlungen, die im Arbeitsbereich des Conni e.V. geschehen sind, vom Jugendamt als extremistisch verstanden werden. Dann muß aber das Amt für die Beschuldigung zusätzlich nachweisen, daß der Verein zum Zeitpunkt der Ereignisse zu der Einsicht hätte kommen können und müssen, daß extremistische Handlungen vorliegen. Die von Dezernent Kogge beklagte Verflechtung von jugendhilflichen und politischen Aktivitäten im Haus existiert mehr in seiner Vorstellung, denn in Realität. Veranstaltungen politischen Inhalts finden in untervermieteten Räumen statt. Eine Fehlverwendung von Mitteln hat es nie gegeben. Der Verfassungsschutz ist in der Lage zwischen den einzelnen Gruppen zu unterscheiden. Es wäre zu wünschen, daß auch das Jugendamt zur Kenntnis nähme, daß das Haus AZ Conni und der Conni e.V. nicht identisch sind.
Es bewegen sich eine ganze Reihe mündiger Menschen aus unterschiedlichen Gründen auf dem Gelände. Das Landesjugendamt wies das Jugendamt darauf hin, daß es zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem freien Träger gehalten ist. Das Jugendamt versäumte diese Aufgabe und reagiert statt dessen im Habitus einer Strafverfolgungsbehörde. Eine Lösung der vorliegenden Differenz zwischen Stadt und Conni e.V. könnte darin liegen, daß das Jugendamt statt eines Widerrufsbescheides eine Mitteilung der Besorgnis an den Verein abgibt, in welcher es Lösungen für die beklagten Umstände vorschlägt und weitere partnerschaftliche Unterstützung anbietet.

Grundgesetzförderlichkeit ist nicht Neutralität. Ein Raumangebot für die freie Entfaltung zivilgesellschaftlichen Engagements, für politische Auseinandersetzung gerade in strittigen Fragen, für die Entwicklung politischer Mündigkeit sind ausdrücklich förderlich für die Entwicklung einer lebendigen und kämpferischen Demokratie. Demokratie läßt sich nur immer wieder neu aus Interessenkonflikten heraus gewinnen. Das war der Grund für den Gesetzgeber, Jugendhilfe ausdrücklich nicht der Verwaltung zu überlassen und deren Wertbindung festzuschreiben.
Jugendlichen, die permanent von Nazis drangsaliert werden, das Selbstverteidigungsrecht abzusprechen, heißt Mittäter zu sein. Aufstand der Anständigen - Anstand der Aufständigen, wie Sie es nennen, Sie kommen an einer konfliktfreudigen Auseinandersetzung nicht vorbei. Wenn der Opportunismus der Amtsstuben dahin führt, daß politische Aspekte aus der Jugendarbeit verbannt werden sollen, so ist das politisch ein falsches Signal und rechtlich daneben.

Nach diesen Sätzen sollte klar sein, daß unsere Interpretation der Lage sich deutlich von der Jugendamtes unterscheidet. Um die Irritationen zu beseitigen, wäre es wichtig, daß das Jugendamt frühzeitig und kontinuierlich eventuelle Bedenken mit dem freien Träger diskutiert.
Es erscheint sinnvoll, sich mit Fragen der öffentlichen Wahrnehmung aktiver auseinanderzusetzen, wozu eine Neuordnung der räumlichen Aufteilung des Hauses und der damit verbundenen Mietverträge hilfreich sein könnte.
Gleichzeitig sollte die jetzt zwischen der Verwaltung und dem Conni e.V. laufende Debatte, um die Fragen des Zusammenhanges zwischen politischem Engagement und Jugendhilfe, besser in der Öffentlichkeit ausgetragen werden. Das Jugendamt sollte den Mangel erkennen, der darin liegt, daß in diesem Bezug eine als eher traurig zu bezeichnende öffentliche Meinung existiert und sich für eine solche Debatte engagieren.

Nach all dem können wir eine Lösung, die darauf basiert, daß wir auf Rechtsmittel verzichten, einen Gnadenakt und einen Förderbescheid mit rechtswidrigen Einschränkungen bekommen, nicht akzeptieren. Folge wären mangelnde Rechtssicherheit und zunehmende Erpressbarkeit der Verwaltung durch die Hyperaktiven. Außerdem wäre eine solche Lösung ein Signal, daß Jugendhilfe etwas unpolitisches zu sein hat. Dies würde den Verein mehr treffen, als ein Ausbleiben der Förderung und eine Rückforderung, die wir gerichtlich mit Erfolg anfechten werden. Dies würde die Substanz des Ansatzes unseres Hauses in Frage stellen. Eine wie auch immer geartete außergerichtliche Lösung muß die Fortsetzung politischer Jugendarbeit für uns ermöglichen. Wir sind einer gerichtlichen Auseinandersetzung nicht so abgeneigt, wie wohl vielfach angenommen wird. Dennoch sind wir natürlich weiterhin offen für unstreitige Lösungen.

Die geheimnisvollen Verhandlungen mit dem Jugendamt in den letzten Monaten waren nicht fruchtbringend. Sie sind, wie dargestellt, dem im Kern politischen Streit auch nur wenig angemessen. Öffentliche Auseinandersetzung tut not. Dieses Positionspapier versteht sich als Beitrag dazu.

Ein Benes-Dekret ist wie ein Brennnessel-Sekret auf einem sudetendeutschen Arsch

Auch wenn es die hochgeschätzten Mitglieder der Politikergilde noch nicht so recht zugeben wollen, der Bundestagswahlkampf ist längst eröffnet. Deutliches Indiz dafür ist das Hofieren potenzieller Wählergruppen. Hoch im Kurs stehen da im Moment die sudetendeutschen Teile der Volksgemeinschaft. Stoiber mag sie sowieso, schließlich sind sie der vierte Stamm Bayerns und auch Rot-Grün hat sie inzwischen für sich entdeckt.

Die so genannten Benes-Dekrete wurden 1945 infolge eines Beschlusses der Potsdamer Konferenz der Siegermächte von der linksbürgerlichen Regierung unter Edvard Benes, dem ersten tschechoslowakischen Ministerpräsidenten, verabschiedet. Sie regelten die Enteignung und Umsiedlung der deutschen und anderer „staatlich unzuverlässiger Personen". Sie waren gegen jene gerichtet, die mit ihrem Verhalten die nazistische Politik, die Okkupation, also die Einrichtung des „Reichsprotektorats Böhmen und Mähren" und den Angriffskrieg Deutschlands unterstützt hatten. Ausgenommen waren AntifaschistInnenen und Menschen, die sich aktiv am Kampf für die Befreiung der CSR eingesetzt hatten. Diese hatte ihre Nationalitätenpolitik dem Schweizer Vorbild entlehnt. Bis zu ihrer Selbstauflösung und Eingliederung in die 1933 gegründete Sudetendeutsche Partei des glühenden Nationalsozialisten und Hitlerverehrers Konrad Henlein stellten zwei bürgerliche Parteien der Sudetendeutschen sogar Minister. Trotzdem erhielt die Henlein-Partei, die den Anschluss an Deutschland forderte, bei den letzten freien Wahlen in der CSR, den Kommunalwahlen in Westböhmen im Mai 1938 insgesamt 91,44 Prozent aller deutschen Stimmen. Auch wenn sie sich in Volkszählungen zur deutschen Nation bekannten, waren die Sudetendeutschen vor dem Überfall Hitlers voll anerkannte tschechoslowakische Staatsbürger. Nach dem tschechischen Recht begingen sie mit der Unterstützung des deutschen Faschismus Landesverrat, ein Verbrechen, das nach dem damaligen Recht mit der Todesstrafe geahndet wurde.

Trotz der deutsch-tschechischen Erklärung vom Januar 1997, in der beide Staaten bekundeten, im Sinne einer freundschaftlichen Nachbarschaft ihre Beziehungen nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen zu belasten, gab es von deutsch-konservativer Seite immer wieder Initiativen gegen die Benes-Dekrete.

Aufhänger für eine neuerliche Debatte, verbunden mit einer Welle antitschechischer Ressentiments, waren Aussagen des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman, der am 20. Januar in einem Interview mit der österreichischen Zeitschrift Profil die Sudetendeutschen als „fünfte Kolonne Hitlers" bezeichnete.
Ein Sturm der Entrüstung ging daraufhin durch die deutschen Gemüter. Als „unbelehrbar" und „ewig gestrig" beschimpfte Bernd Posselt, Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, den Ministerpräsidenten Tschechiens. Selten einig waren sich auch die rot-grüne Bundesregierung und CDU/CSU: Die Vertreibung der Sudetendeutschen sei „für uns immer Unrecht" gewesen (Joseph Fischer), sie „ist unter keinen Umständen zu rechtfertigen" (Edmund Stoiber). In dieses Stimmungsbild passt auch die Absage eines für März geplanten Prag-Besuchs des Bundeskanzlers Gerhard Schröder.
Den Bund der Vertriebenen (Dachverband der Hobby-Revanchisten und Berufsvertriebenen) wird es freuen, sind das Agieren des Kanzlers und insbesondere die abgegebenen Statements doch auch Ausdruck der Tendenz innerhalb der Regierung, sich Forderungen der Sudetendeutschen, die Landsmannschaft ist ein gewichtiges Mitglied des BdV, und ihrer Gesinnungsfreunde zu Eigen zu machen. Zu den in der Satzung der Sudetendeutschen Landsmannschaft in der Bundesrepublik verankerten Zielen gehört „die Rückgabe des konfiszierten Vermögens auf der Basis einer gerechten Entschädigung zu vertreten" und „den Rechtsanspruch auf die Heimat, deren Wiedergewinnung und das damit verbundene Selbstbestimmungsrecht der Volksgruppe durchzusetzen".

Über die Ausplünderung der Tschechoslowakei durch die Nazis, die weitaus höher einzuschätzen ist, wird in diesem Zusammenhang für gewöhnlich geschwiegen.

Kräftige Unterstützung bekommen die Sudetendeutschen auch aus Österreich und Ungarn. So erhob der ungarische Ministerpräsident der liberalkonservativen Regierung ‚Viktor Orban, die Forderung, Tschechien müsse nach dem EU-Beitritt die Benes-Dekrete formal für nichtig erklären, was ganz nach einem Deal mit Edmund Stoiber riecht, der ein paar Tage zuvor in Ungarn weilte und versprach, sich für einen schnellen Beitritt des Landes zur EU einzusetzen. Zustimmung wird Orban jedenfalls bei der ÖVP und den österreichischen Freiheitlichen geerntet haben, obwohl diese den Fall der Dekrete lieber vor als nach dem Beitritt sehen würden und denen auch keine Schäbigkeit zu groß ist, dies zu propagieren. Erinnert sei an das von der deutschnationalen FPÖ initiierte Volksbegehren gegen das tschechische Atomkraftwerk in Temelin, dass die Frage des Weiterbetriebs mit einem Votum gegen den EU-Beitritt verband (und in dem es allein darum ging, die antitschechische Stimmung anzuheizen). Der Strategie der Sudetendeutschen, den Konflikt zu internationalisieren, kommt das natürlich entgegen.

Sollten die Dekrete fallen, würde das für Tschechien eine Flut von Entschädigungsklagen bedeuten. Gerade von jenen, die eine Verschleppung der Entschädigungszahlungen an ehemalige Zwangsarbeiter mitgetragen haben, mit der Begründung, solches Unrecht sei mit Geld nicht wieder gutzumachen.

Bleibt wieder mal zu konstatieren:
Mit der Benennung historischer Wahrheiten macht mensch sich nicht unbedingt beliebt. Insbesondere, wenn sie einer angestrebten „Normalisierung" deutscher Geschichte im Wege stehen, die ohne eine gehörige Portion Revisionismus ja nicht auskommt. Im Vertauschen von Opfern und Tätern waren die Deutschen ja seit jeher weltmeisterlich.

[poilu rubeola]

Die Ziele des BdV in einer graphischen Darstellung

Heraus zum 1.Mai -

oder vielleicht doch lieber zu Hause bleiben?

Der erste Mai scheint auch in diesem Jahr wieder zu einem Kristallisationspunkt der bundesdeutschen Linken zu werden. Dabei fällt ein großer Augenmerk der aktuellen Diskussion auf die Planungen für diesen Tag in Berlin. Die Heterogenität der verschiedenen Berliner linken Gruppen in ihren Ansprüchen und Aktionsformen kulminierte immer wieder in der Rezeption um den 1. Mai. Auch dieses Jahr stellt dieses Großereignis die linke politische Kultur in Berlin vor eine beträchtliche Herausforderung.

Der revolutionäre erste Mai ist ein Produkt der autonomen Bewegung der achtziger Jahre und fand das erste Mal 1987 statt. Bei dieser und den nachfolgenden Demonstrationen sollte es immer um das lautstarke und radikale Artikulieren von linker Kritik an den bestehenden politischen Verhältnissen in West-Berlin, der damaligen BRD und der bald darauf vereinigten Republik gehen. Den OrganisatorInnen der revolutionären Demonstrationen ist es gelungen, über einen mittlerweile langen Zeitraum recht viele Menschen auf die Strasse zu bringen. Trotzdem kam ziemlich schnell schlechte Stimmung auf. Die linken Strukturen der Stadt Berlin diversifizierten sich und es traten mitunter unüberbrückbare Gegensätze in den einzelnen Ansätzen und Bewertungen der aktuellen politischen Situation auf. Bis zum Jahr 1995 konnten die Spannungen noch eine gemeinsame Demonstration aushalten. Im Jahr danach mobilisierten zwei verschiedene linke Ansätze in Berlin zu jeweils verschiedenen Demonstrationen. Im Osten von Berlin rief die umstrittene AAB (Antifaschistische Aktion Berlin) zu revolutionären Taten auf und in Kreuzberg mobilisierten anachronistisch anmutende kommunistisch-antiimperialistisch orientierte Gruppen zum Tanz. Überall dabei war die den Innensenat vertretende Polizei.

Bei allen Demonstrationen der vergangenen Jahre kam es zu teilweise heftigen Auseinandersetzungen mit der Ordnungsmacht. Auch wenn davon auszugehen ist, dass das auslösende Moment der Gewalt das martialische Auftreten, Provozieren und regelmäßige Intervenieren während der Demonstration durch die Polizei gewesen ist, korrelierte die Taktik der Polizei immer mit dem Wunsch der TeilnehmerInnen der revolutionären Demonstrationen, dieser exekutiven Gewalt eine spontane, revolutionäre und ebenfalls gewalttätige Wut der unterdrückten Subjekte entgegenzusetzen, die sich auf keine Kompromisse - wenigstens nicht am 1. Mai - einlassen wollte. So entwickelte sich der 1. Mai immer mehr zu einer Veranstaltung der zumindest zweifelhaften Symbolik. Auch wenn nicht zu bestreiten ist, dass diese Demonstrati-

sich revolutionären Aktivitäten verweigernder Genosse (14.00 Uhr)

on und der Tag nicht unpolitisch ist, wenn sich eine große Demonstration militant gegen Polizeiübergriffe wehrt und dieses Zeichen mit einem verbalen linken Anspruch verbindet, klaffte doch eine große Lücke zwischen dem Anspruch, radikale linke Kritik zu üben und dem Ergebnis, dass sich in mit Steinen überfluteten Strassen äußerte. Die gruppenübergreifende Kritik am 1.Mai, dass es sich immer mehr um ein eingespieltes Ritual mit sinnentleerter Militanz handelt, machte schnell die Runde. Und spätestens seitdem auch die NPD und später die Freien Kameradschaften den 1.Mai für rassistische und nationalsozialistische Ziele zu instrumentalisieren suchten, Demonstrationen durchführten und eine antifaschistische Gegenmobilisierung viele Kräfte bündelt, sorgte das Festhalten am 1.Mai als einem wichtigen Termin im linksradikalen Kalender zunehmend für Kopfschütteln.

Letztes Jahr wurde durch den Innensenator die Revolutionäre 1. Mai-Demonstration verboten, parallel dazu wurde ein Aufmarsch der NPD in Berlin Hellersdorf genehmigt. Das bedeutete eine Eskalation im Ringen um die Bedeutung des 1. Mai. Den linken Strukturen ging es verständlicherweise reflexhaft um das Verteidigen ihrer politischen Tradition in Berlin und sie versuchten, dieses Verbot unwirksam zu machen. In Zusammenarbeit mit einigen bürgerlichen politischen Kräften, konnte dann doch eine Demonstration und ein Strassenfest in Berlin Kreuzberg durchgesetzt werden. Die Nazidemo in Hellersdorf hingegen versuchten ganze 300 AntifaschistInnen zu verhindern. Noch während der Demonstration im Stadtteil Kreuzberg kam es durch die Polizei zu massiven Angriffen auf die Demonstration und das Strassenfest, die in der Folge zu den heftigsten Strassenschlachten der letzten Jahre führte.

Und mit dieser Eskalation beginnt die Geschichte des 1. Mai 2002. Als Reaktion auf das letzte Jahr bildete sich ein Personenbündnis „Denk Mai Neu", initiiert durch zwei Professoren der Freien Universität Ber-

sich revolutionären Aktivitäten verweigernder Genosse (17.00 Uhr)

lin Grottian und Narr, die zudem noch Mitglieder des Komitees für Grundrechte und Demokratie sind. Diesem Bündnis gehören neben vielen bürgerlichen und linksliberalen Gruppen und Einzelpersonen auch die im linksradikalen Berlin mittlerweile aus den verschiedensten Gründen isolierte Gruppe AAB an (die allerdings noch über ein beträchtliches Mobilisierungspotential verfügt). Das Konzept des Personenbündnisses sieht eine Repolitisierung des 1.Mai vor. Das ist ein fieser Seitenhieb gegen die linksradikalen Strukturen, die es in den vergangenen Jahren versäumt haben, ihr eigentliches Ansinnen mit dem 1.Mai transparent und verständlich zu gestalten, nämlich das schon immer hoch politische an den jährlichen Demonstration: Das manchmal comichaft vorgetragene, aber im Grundsatz schon ernstgemeinte und wichtige Ziel, gemeinsam gegen Unterdrückung und Ausbeutung durch die kapitalistischen Strukturen der BRD aufzustehen und dem „etwas" entgegenzusetzen. Dieses „etwas" muss nur mit Leben gefüllt werden.

Das Bündnis scheint zu denken, dass dieses „etwas" nur aus Steinen besteht und will davon weg. Am liebsten wäre ihnen ein riesiges politisches Happening in Berlin-Kreuzberg, mit viel Kultur und Diskussionen, das dann eine Signalwirkung, ähnlich der von Porto Allegre, zur Folge hat. Zum Konzept dieses Bündnisses gehören die Forderung, dass sich keine Polizei am 1.Mai in Kreuzberg aufhalten darf und eine eigenständige revolutionäre Demonstration der AAB unter dem Motto „Kapitalismus abschaffen! Es gibt keine Alternative zur Revolution." Das Besetzen des 1.Mai durch dieses Bündnis, bedeutet für linksradikale Gruppen in Berlin ein erneutes Diskutieren über seine Bedeutung und die wird momentan sehr kontrovers geführt.

Ein großer Teil der Gruppen steht dem Personenbündnis sehr skeptisch gegenüber, da sie befürchten, in eine tödliche Umarmung der reformistischen Kräfte Berlins zu gelangen und dass mit der Umdeutung des 1.Mai zu einer Kultur- und Diskussionsveranstaltung mit dem Ergebnis „schön das wir mal darüber geredet haben" eine wirkliche radikale Antwort auf die Missstände der Gesellschaft verschwinden wird. Bis auf die AAB verweigern sich momentan fast alle der konstruktiven Mitarbeit an diesem Bündnis.

Gründe für Misstrauen gibt es allerdings genug. Zum einen ist die selbstherrliche Behauptung, den 1. Mai endlich politisieren zu wollen, gelinde gesagt problematisch, zum anderen konnte bis jetzt nicht eindeutig gesagt werden, ob die Polizei wirklich draußen ist. Und dann sind da die ewigen Probleme mit denen sich linksradikale Gruppen auseinandersetzen müssen, wenn sie Bündnisse eingehen. Auch bei diesem besteht die Gefahr, instrumentalisiert und neutralisiert zu werden. Einigen geht das sogar soweit, dass durch das freiwillige Mitmachen bei diesem Bündnis einer völligen Umstrukturierung des Stadtteils Kreuzberg Tür und Tor geöffnet wird, da die radikalen Gruppen ja jetzt domestiziert werden.

Anstatt nach Wegen und Konzepten für linksradikale Alternativen in Berlin zu suchen, beschränken sich die linksradikalen Gruppen auf Verbalradikalismen gegen die Verräter von der AAB. Das einzige was momentan auf Flugblättern und Internetseiten zu lesen ist, sind Generalverdächtigungen gegen die Initiatoren des Bündnisses, linker Kiezpatriotismus und das Beharren auf einer zusätzlichen Demonstration, die nichts mit der AAB zu tun haben soll, dafür aber gerne mit einem eigenen Palästinablock (!!!). Das hört sich für mich alles nach einem Trauerspiel an. Deswegen würde ich skeptisch und zweifelnd am Mittag und Nachmittag gern in Kreuzberg rumlaufen und Kultur, Essen und Politik konsumieren und am Abend von mir aus auch, obwohl ich selbst nicht daran glaube, für Kapitalismus abschaffen demonstrieren, solange mir tendenziell antisemitische AntiimperialistInnen mit Schaum vorm Mund, die „Kreuzberg bleibt unser" rufen, erspart bleiben. Alles andere wäre ein überaus ernüchternder Abgesang der Linken in Berlin.

[emokid]

Waldspaziergänge, Schläfer, Sprengstoffdepots –
Die Geschichten eines Kronzeugen

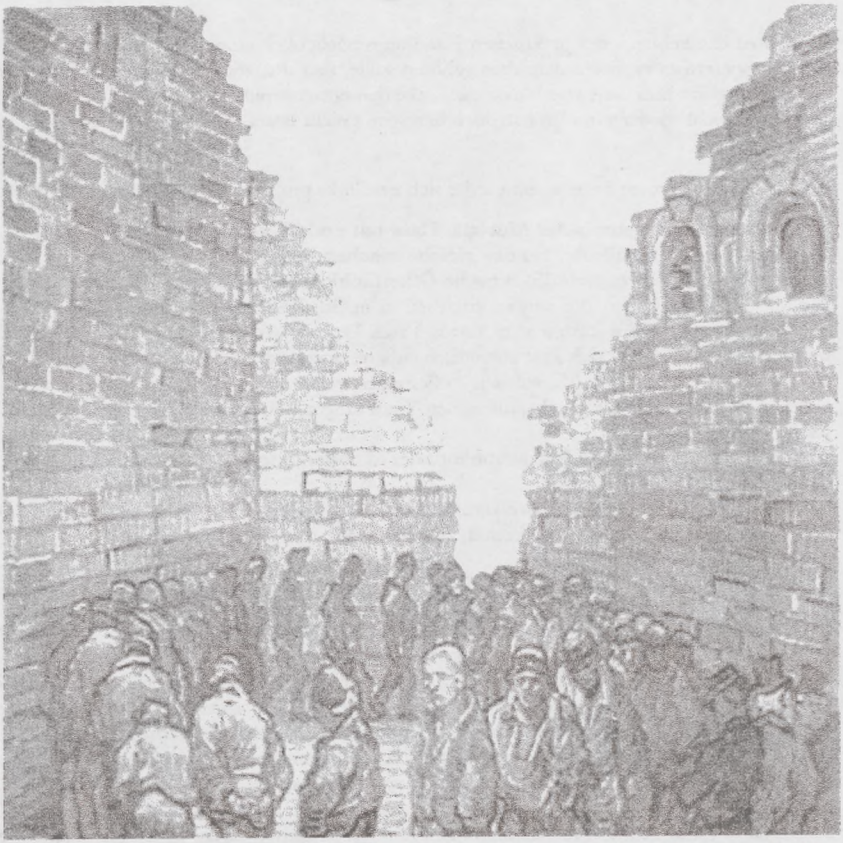
Seit März 2001 findet vor dem Kammergericht in Berlin-Moabit vielleicht einer der letzten Kronzeugenprozesse gegen militante linke Geschichte der 80er / Anfang 90er Jahre in Westdeutschland statt.

Angeklagt sind vier Männer und eine Frau, denen die Bundesanwaltschaft u.a. Mitgliedschaft in den Revolutionären Zellen und die Beteiligung an den Sprengstoffanschlägen auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber in Berlin im Februar 1987 und auf die Siegessäule ebenfalls in Berlin im Januar 1991 vorwirft. Diese Anklage beruht fast ausschließlich auf den Aussagen des Kronzeugen Tarek Mousli, der von den Behörden Straffreiheit, die Aufnahme in ein Zeugenschutzprogramm und damit verbunden eine neue Existenz zugesichert bekam. Seine Aussagen sind ein Sammelsurium aus Informationen vom Hörensagen und vagen Fakten, mit Zuordnungen von Personen und Namen jongliert er frei. Würde man ihm Glauben schenken, ist es entweder ein Wunder, dass Mitglieder der RZ sich überhaupt treffen konnten, ohne sofort verhaftet zu werden oder aber die ermittelnden Behörden stellten sich selten untalentiert an. Folgt man seinen Aussagen, verwandelt die RZ sich in einen Haufen Dilettanten mit „Schützen", „Springern" und „Schläfern", die Aktionen und gemeinsame Erklärungen gern mal in vollbesetzten Ausflugslokalen am Wannsee oder bei Waldspaziergängen besprachen. Es war leider nicht zu beobachten, dass sich das Gericht von diesen Geschichten und offensichtlichen Widersprüchen amüsiert zeigte, geschweige denn bereit war, diesem Theater ein Ende zu bereiten. So wurden bspw. alle Anträge auf Haftverschonung für die, teilweise schon seit Dezember 1999 in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten abgelehnt.

Das alles nicht unwidersprochen stehen zu lassen, könnte eine der Motivationen von Rudolf S. gewesen sein, am 18.Januar 2002 durch seinen Rechtsanwalt eine Erklärung verlesen zu lassen. In dieser werden, ohne andere Personen / Beteiligte zu belasten, die wesentlichen Aussagen des Kronzeugen ad absurdum geführt, seien es die von Mousli ausgeführten Gruppenstrukturen, Vorbereitungen und (nicht zuletzt auch personellen) Durchführungen von Anschlägen. Die Untersuchungshaft von Rudolf S. und seiner Frau Sabine E. wurde daraufhin unter Auflagen außer Kraft gesetzt. Nur zu verständlich dürfte der Wunsch von Rudolf S. und Sabine E. sein, wertvolle Zeit des Lebens nicht hinter öden Gefängnismauern und in einer an sich absurden Gerichtsverhandlung zu verbringen, der Beigeschmack ist allerdings ein bitterer. Denn der mit der Erklärung verbundenen Haftverschonung und der Zusage einer Strafbegrenzung auf unter vier Jahre Freiheitsentzug gingen monatelange geheime Verhandlungen mit der Bundesanwaltschaft voraus, d.h. ohne dass die AnwältInnen der anderen Angeklagten davon wußten.

Nachdem Matthias B. aufgrund eines schweren Unfalles in seiner Familie Anfang Februar unter Kaution aus der Haft entlassen wurde, gab am 28. Februar 2002 der Angeklagte Axel H. ebenfalls eine Erklärung ab. Neben seinem Eingeständnis im Jahr 1986 an Diskussionen im Rahmen der „Flüchtlingskampagne" der RZ und praktischer Hilfe für die damals Illegalen Rudolf S. und Sabine E. beteiligt gewesen zu sein, kann er nachvollziehbar erläutern, warum sich im Mehringhof, in dem er bis zu seiner Festnahme 1999 als Hausmeister arbeitete, kein Sprengstoffdepot der Revolutionären Zellen befunden haben kann. Aussagen Tarek Mouslis, der die Existenz eines solchen Depots immer wieder behauptete, führten im Dezember 1999 und im Mai 2000 zu groß angelegten Durchsuchungen der Polizei.

Das Gericht ist allerdings nur bereit, den selbstbelastenden Aussagen von Rudolf S. und Axel H. zu glauben, ansonsten geht es aber davon aus, dass sie "die im Ermittlungsverfahren und in der laufenden Hauptverhandlung gemachten Angaben des Kronzeugen bestätigt(en)". Das macht nicht viel Hoffnung auf eine baldiges Ende dieses



Prozesses und so kann der Kronzeuge Mousli seine Aussagen weiter nach Bedarf hin oder her schieben, sich nicht erinnern und dann plötzlich wieder überraschend präzise Aussagen machen.

Und gleichzeitig erhöht sich der Druck auf den letzten in Untersuchungshaft befindlichen Angeklagten Harald G. enorm. Das Recht, vor Gericht als Angeklagter die Aussage zu verweigern wird durch das Ausdehnen der Untersuchungshaft zur Aussageerpressung. Und, obwohl dem Angeklagten immer noch nicht glaubhaft nachgewiesen werden konnte, in den Revolutionären Zellen aktiv gewesen zu sein, wird am 59. Verhandlungstag ein Antrag auf Haftverschonung für Harald G. durch die Vorsitzende Richterin Henning mit der Begründung eines „erhärteten Tatverdachtes" erneut abgelehnt.

Und so bliebe fast nur zu hoffen, dass ein Ereignis eintrete, das dieser skandalösen Inszenierung ein Ende bereitete; die Fähigkeit des Gerichtes einer unvoreingenommen oder vielleicht gar kritischen Bewertung der Aussagen des Kronzeugen wird das allerdings wohl nicht sein.

[angua]

Mehr Informationen über Hintergründe, sowie Presseartikel, aktuelle Meldungen und eine Chronik des Prozesses finden sich im Internet unter

www.freilassung.de.

Spenden werden gern gesehen:

Spendenkonto:Martin Poell, Konto - Nr.: 2705-104, BLZ 100 100 10 Postbank Berlin; Stichwort "Freilassung"

"peinlich wenn man sagt wofuer man ist." *(but alive)*

>Lässt man das Fehlen einer praktischen Handlungsmöglichkeit einmal unberücksichtigt, stellt sich die Frage, inwiefern es zu linken Aufgaben gehören sollte, staatstragende Positionen zu übernehmen. Polemisch zugespitzt ließe sich sagen, dass die Linke den entschwundenen Ostblock, den sie auch in Kuba und China nicht wiedergefunden hat, doch bitteschön nicht Israel auf die Füße fallen lassen sollte." <

(D.Sanfte/ nhz 02/02)

>da ist sie also die grosse frage. warum sollte sich eine linke pro israel positionieren?< *(kiebitz/ nhz 04/02)*

>**Assads Verteidigungsminister Mustafa Tlass hat erklärt, wenn er einen Juden sähe, würde er ihn töten, und wenn alle Araber das gleiche machen würden, hätte man sich das Problem vom Hals geschafft. Wie reagiert die syrische Öffentlichkeit auf derartige Äußerungen?**
Ein Staatsmann in Syrien, der antisemitisch ist, ist natürlich sehr beliebt. Israel ist in Syrien der große Feind. Tlass war das Sprachrohr von Assads Vater. Der alte Assad machte solche Äußerungen nie direkt. Als Bashar al Assad sich jetzt antijüdisch äußerte, wusste er ganz genau, dass er sich so bei seinem Volk beliebt machen kann. Mit solchen Äußerungen versucht sich der junge Assad an der Regierung halten. Seine Clique ist die gleiche, die seinen Vater umgab und die nur mit Polizeiterror an der Macht bleiben kann.
Ist der Antisemitismus ein Massenphänomen in Syrien oder ist er vor allem in der Elite verbreitet?
Er zieht sich durch die ganze Bevölkerung. Aber es ist mehr Hass gegen Israel als gegen die Juden. Wenn die Elite Antisemitismus verbreitet, zielt sie darauf, dass die Masse mitzieht."

(jungle world Nr. 30/2001, interview mit beate klarsfeld, von der Gruppe »Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden«)

>Es ist absolut legitim, die israelische Regierung zu kritisieren, genauso wie man die ägyptische Regierung, die amerikanische Regierung oder sogar die norwegische Regierung kritisiert. Jede Regierung kann kritisiert werden, und die Kritik an der israelische Regierung ist eine Aufgabe, der ich persönlich seit vielen Jahre nachgehe. Es ist in meiner derzeitigen Position etwas schwieriger, aber es ist innerhalb eines demokratischen Rahmens absolut legitim, Regierungen zu kritisieren. Selbst scharfe Kritik und harte Worte haben nichts mit Antisemitismus zu tun. Wir müssen sehr vorsichtig sein, wenn es darum geht, Personen, Dinge oder Erklärungen als antisemitisch abzustempeln.
Aber es gibt eine rote Linie und diese rote Linie wurde in den letzten Jahren, insbesondere während des letzten Jahres, sehr deutlich überschritten. Um es noch einmal zu sagen, hätten Sie mich vor einem Jahr gefragt, ob es den Antisemitismus in den arabischen Ländern als zentrale, vorherrschende Erscheinung gäbe, hätte ich dies verneint. Aber wenn Sie mich heute fragen, weiß ich die Antwort wirklich nicht. Ich kenne die Antwort nicht, weil ein Tornado des Hasses, der Aufhetzung, der antisemitischen Propaganda gewütet hat, der alle klassischen Phänomene des Antisemitismus benutzt hat, alle, die wir kennen, einschließlich einiger neuer Phänomene in dieser Kampagne, die durch die ganze arabische Welt gezogen ist und die von der modernen Technologie noch verstärkt wurde – hauptsächlich vom kommerziellen Fernsehen. Heute gibt es 30 arabische Fernsehsender – einige dieser Sender machen ausgezeichnetes Fernsehen, anders als das Propagandafernsehen der Vergangenheit, als jeder in der arabischen Welt einfach irgendeinen Kanal eingeschaltet hat. Heutzutage haben wir es mit Qualitätsfernsehen zu tun.
Wir finden ihn auch in den Zeitungen, auf eine ganz andere Art und Weise. Es gab früher auch die klassischen Ausdrucksformen des Antisemitismus - vor dem Frieden mit Ägypten beispielsweise - sogar unter führenden Journalisten, aber nicht in der Intensität, mit der wir es heute zu tun haben. Es geht heute nicht darum, ein Beispiel zu finden. Die Beispiele werden an jedem einzelnen Tag, zu jeder einzelnen Stunde, in den meisten Zeitungen, in den Leitartikeln geliefert von den Hauptautoren der Zeitungen und des Fernsehens. Man sieht darin wieder eine klassische Form des Antisemitismus, die der arabischen Welt fremd ist, die aber die arabische Welt heute von Europa und von anderen Orten übernommen hat.<

(rede von rabbiner m.melchior, www.hagalil.com)

>Aber Antisemitismus bedeutet vor allem antijuedische bzw. anti-zionistische Vorurteile. Auch in der arabischen Geschichte gibt es Pogrome, Verfolgungen, antijuedische Gewaltausbrueche, von denen einige durch den israelisch-arabischen Konflikt ausgeloest wurden. Auch im arabischen Antisemitismus gibt es die Ritualmordluege und den Glauben an die juedische Weltherrschaft. Die Propaganda der Nazis reichte bis in die arabischen Laender. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde beispielsweise in Aegypten und Syrien mit Hilfe deutscher Nazi-Experten antisemitische Literatur weiterhin gedruckt und verbreitet. Antijuedische Karikaturen, die denen des "Stuermer" aehnlich sind, erschienen in der arabischen Presse, Hitlers "Mein Kampf" kann in arabischer Sprache gelesen werden, ebenso die "Protokolle der Weisen von Zion". Antisemitische Vorurteile finden sich in Schulbuechern und in Materialien des Militaers. Die arabische Fuehrung vermeidet es, solche Vorurteile zu zeigen und betonte in den vergangenen Jahren, sie wuerden nur den Zionismus und Israel bekaempfen und nicht die Juden. Antijuedische Klischees tauchen aber immer wieder in Reden arabischer politischer und religioeser Fuehrer wie in der Presse auf.<

(www.jajz-ed.org.il)

>Seit Beginn der sogenannten »Al-Aksa Intifada« hat der Antisemitismus im gesamten arabischen Raum eklatant zugenommen, wobei Israel, das Judentum und der Zionismus als Einheit gesehen werden.
In Ägypten, in den Palästinensischen Autonomiegebieten und in den Golfstaaten ist eine Zunahme antisemitischer Äußerungen sowohl in den regimetreuen als auch in den oppositionellen Medien zu verzeichnen. Die Äußerungen sind von einem noch größeren Extremismus als in der Vergangenheit geprägt.<

(www.akw-info.de)

>The Simon Wiesenthal Center condemned the remarks of Yassir Arafat on Abu Dhabi television in which he compared the Israeli troops that entered the refugee camps to the Nazis. "The audacity of Yassir Arafat, who can be justifiably called the Godfather of international terrorism, to be the arbitrator of moral behavior is an insult to the intelligence of any thinking person," said Rabbi Marvin Hier, dean and founder of the Simon Wiesenthal Center.
Arafat told Abu Dhabi television, referring to the Palestinian prisoners' inked identification numbers, "Is this not a new Nazi racism?" "Here at the Simon Wiesenthal Center, we know quite a bit about the Nazis, and using ink that can easily be washed off for the purpose of identifying a prisoner has nothing to do with the Nazis' system of tattooing and dehumanizing concentration camp prisoners," Hier continued.
"If Arafat is interested in delivering a moral sermon, he should direct it to the real Nazi lookalikes, the suicide bombers that he affectionately refers to as 'our beloved martyrs,'" he concluded.<

(www.wiesenthal.com)

>Wir ersuchen Sie, Herr Bundesminister, Ihre Zurückhaltung gegenüber völker- und menschenrechtswidrigen Praktiken der israelischen Regierung aufzugeben und Ihren Einfluss
-in der Bundesregierung,
-im Europäischen Rat,
-in den Organisationen der Vereinten Nationen und nicht zuletzt
-auf die Regierung der Staates Israel
geltend zu machen, um
- unverzüglich die Belagerung / Blockade der palästinensischen Städte in den Autonomie- gebieten der Zone A zu beenden und allen Palästinensern den freien Verkehr zwischen den palästinensischen Ortschaften in den gesamten sogenannten „Autonomiegebieten" West- Jordanland und Gaza-Streifen) zu ermöglichen;
- in Übereinstimmung mit dem Antrag der palästinensischen Autonomiebehörde an den Weltsicherheitsrat und in Übereinstimmung mit Forderungen der israelischen Friedensorganisation Gush Shalom unverzüglich eine internationale Friedenstruppe zum Schutz der palästinensischen Bevölkerung zu bilden und in die besetzten Gebieten zu entsenden.

Mit vorzüglicher Hochachtung<

(Vereinigung der Freunde Palästinas in Sachsen-Anhalt e.V. 15.03.2001)

>die deutschen medien nehmen derweil frontpositionen ein. vorsorglich wird der einsatz einer internationalen friedenstruppe gefordert, natuerlich unter vorsitz der eu und hierbei ist deutschland nicht auszuschliessen. unverhohlen drohen die politikerinnen aller fraktionen mit "massnahmen", wenn israel so weitermacht und zum beispiel den von eu-mitteln finanzierten und antisemitischen muell produzierenden palaestinensischen rundfunk einfach zerstoert. "das lassen wir uns nicht bieten!", toent es aus allen ecken und es schwingt immer "von diesen juden" dabei mit. so darf dann gar das vorzeigeprodukt aller nachrichtenjournale die "tagesthemen" den israelischen botschafter ins studio zitieren, wo dieser sich dann fuer das vorgehen der israelischen armee rechtfertigen muss. vorsichtige hinweise auf die ursache der einsaetze, naemlich selbstmordterror, werden vom moderator mit einem "darueber reden wir jetzt nicht" vom tisch gewischt.<

(kiebitz, nhz 04/02)

>Bei der Suche nach unverfänglichen Kronzeugen antizionistischer Argumente greifen auch die deutschen Medien, z.B. der gestandene Walserianer Rudolf Augstein, gerne auf die marginalisierte israelische Linke zurück. Wenn selbst in der Tagesschau Kommentare von prominenten linken FriedensaktivistInnen kein Problem sind, dann ist dabei weder ihr antikapitalistischer Background, ihre kritische Theorie der Nation oder ihr Paradigma von der historischen Berechtigung eines israelischen Staates von Interesse, sondern sind es einzig ihre Funktionalität für das antiisraelische Statement und die Forderung nach einer Intervention europäischer "Friedenstruppen", die zählen. Gerade bei letzterem kann die Kritik nicht deutlich genug ausgesprochen werden. Die Forderung israelischer Linker nach einer "humanitären Intervention" der EU ist falsch und gefährlich. Der direkte militärische Zugriff einer Allianz aus Antisemiten, islamfreundlicher europäischer Wirtschaft und EU-Raumpolitikern, die sich gegen die Konkurrenz der USA profilieren - und dies bei der gegenwärtigen Nichtexistenz einer halbwegs wirkungsmächtigen palästinensischen Linken - liefe wohl zwangsläufig auf die Stärkung fundamentalistischer Strömungen hinaus.<

(phase 2, februar 2002)

>Solange die Sowjetunion existierte, konnte man die vage Hoffnung, die PLO werde im Sog der weltweiten Befreiungsbewegungen eine progressive Entwicklungsrichtung einschlagen, noch irgendwie nachvollziehen. Nun aber, da der Menschheit die Hoffnung auf eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus vorläufig abhanden gekommen ist, will die antiisraelische Linke nicht realisieren, daß die politischen Ursprünge der PLO wieder unverdeckt hervorbrechen. Anders als manch andere Befreiungsbewegung entstand die arabische Nationalbewegung Palästinas weder aufgrund einer bürgerlich-demokratischen Initiative, noch aufgrund einer kommunistischen. Sie ging aus den alten traditionellen Herrschaftseliten, den reaktionären und religiösen Führern des Familienclansystems der Araber Palästinas hervor. Die propalästinensischen Linken wollen aber weder den Rechtsruck der PLO realisieren, noch den Aufstieg des palästinensischen Nationalislamismus wahrhaben.<

(bahamas, 36/2001)

>Die "absichtliche Zerstörung" von EU-finanzierten Einrichtungen markiere eine neue Dimension des Konflikts im Nahen Osten, unterstrich Swoboda. "Wir haben daher im Europäischen Parlament eine Initiative ergriffen, um Rat und Kommission zu bewegen, nicht nur eine Schätzung der Kosten der Zerstörung vorzunehmen, sondern auch Kompensation zu fordern", unterstrich der österreichische Europaparlamentarier. "Widrigenfalls" müssten die besonderen Abkommen zwischen der EU und Israel aufgekündigt werden, stellte Swoboda fest.
Ungewöhnlich heftige Kritik am Verhalten Israels im Konflikt mit den Palästinensern hat der Staatsminister im deutschen Auswärtigen Amt, Ludger Volmer, geübt. "Das Vorgehen Israels ist nicht akzeptabel", sagte der Grünen-Politiker. Die Europäische Union habe sich bemüht, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Möglichkeiten für den Nahost-Friedensprozess zu verbessern. Zwar wolle man auf keinen Fall einseitig Schuld zuweisen, doch "wenn jetzt eine Seite diesen europäischen Beitrag regelrecht zerstört, dann muss die Europäische Union darauf kritisch reagieren", betonte Volmer.
Das Vorgehen der israelischen Armee in den palästinensischen Gebieten hat auch der Hohe Repräsentant für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, Javier Solana, kritisiert. Die "willkürlichen Zerstörungen" palästinensischer Einrichtungen, die mit europäischen Hilfsgeldern

geschaffen wurden, könnten nicht zugelassen werden, betonte Solana. In Wien hatte Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in der vergangenen Woche eine neue europäische Nahost-Politik gefordert. Es könne nicht so sein, dass mit EU-Mitteln ein Flughafen gebaut werde, der dann von den Israelis zerstört werde. Zudem betonte der Kanzler, dass die EU ein Großabnehmer israelischer Produkte sei. Sein "Hausverstand", aber auch sein "Hausfrauengemüt" würden ihm, Schüssel, sagen, dass zu hinterfragen sei, ob man da derzeit den richtigen Ansatz verfolge.<

(www.jet2web.net)

> Um nur eines klarzustellen: Die Selbstmordattentäter und ihre Hintermänner werden höchstens vordergründig von dem Wunsch nach einem autonomen Palästinenserstaat getrieben. Der innere Motor ihres Handelns ist und bleibt die Vertreibung und Eliminierung des jüdischen Volkes, fanatischer, von Syrien, Saudi-Arabien, Irak etc., alimentierter Hass auf die "ungläubigsten der Ungläubigen". Verständnis für diesen Kampf zu formulieren (...), bedeutet, im Antisemitismus eine legitime Handlungsbasis und -motivation zu erkennen. Israels Möglichkeit zur Verteidigung ist essentiell, denn seit seiner Gründung wird es permanent attackiert, beschossen, angegriffen und mit wirklichem Terror überzogen. Doch "so sät Israel Hass und Gewalt, aus denen neue Gewalt erwächst. (...) Schafft es Israel nicht diese Spirale zu durchbrechen, rückt es mit jedem Attentat und jeder Vergeltungsaktion seinem eigenen Ende ein Stück näher." (Blaser, LR, 18.10.2001). Also sind am Ende "die Juden" wieder selbst Schuld an dem seit Jahrhunderten tobenden Krieg gegen sie.<

(nasar, nhz, 11/2001)

> Das palästinensische Volk wird im Namen des 'internationalen Rechts' und im Namen des Kampfes gegen den 'internationalen Terrorismus' vernichtet. Sein Widerstand ist unser Widerstand! Wir können ihn unterstützen, indem wir uns zu Anwälten ihrer leidvollen Geschichte und ihrer berechtigten Forderungen nach Existenz und Identität machen.<

(www.de.indymedia.org)

> Welche Rolle spielt der Antisemitismus im Konflikt mit Israel?

Der Antisemitismus, der aus Europa kam, wurde von den Moslems dieser Region als Mittel der Argumentation gegen Israel adaptiert. Was jetzt passiert, ist ein Transfer des Antisemitismus von Europa in unsere Region. Hier wird er immer wichtiger, weil man eine Argumentation braucht, um gegen Israel zu kämpfen. Da holt man aus dem Arsenal des Antisemitismus die Stereotypen, die Argumente, die Schriften.

Bis hin zur Leugnung des Holocausts ...

Wenn schon, denn schon, da gibt es eine breite Palette. Die Araber wissen: Ein Argument zugunsten des Staates Israel ist die Shoah. Ergo versucht man nicht nur, aus der Shoah eine andere Schlussfolgerung zu ziehen, was auch möglich ist, sondern die Shoah zu leugnen. >

(jungle-world, 12/2002, interview mit moshe zuckermann)

> Angesichts dessen bedarf es sicherlich keiner antideutschen „Manie", um der Virulenz des Antisemitismus gewahr zu werden. Auf den ersten Blick ist es um so erstaunlicher, daß dann so gut wie keinem der akademisch bestellten wie beschlagenen Antisemitismusforscher, keinem der sensiblen Leitartikler und schon gar keinem der Bekenntnislinken, die in den letzten Jahren ein „Gegen den Antisemitismus" in ihr Bindestrich-Glaubensbekenntnis unter dem Schlagwort „Antirassismus" aufgenommen haben, auffällt, wie präsent der Antisemitismus in den aufgebotenen kommunitaristischen und globalisierungskritischen Rezepten ist. Ebensowenig fällt kaum jemandem auf, wie sehr jener die deutsche Außenpolitik bestimmt, gerade weil sie auf dem gutmenschlichen Ticket fährt: Mit antirassistischer Sorge um die diversen Minderheiten und ethischer Verantwortung für das Ganze statt für partikulare Machtinteressen – anders eben als die „mammonisierten" USA, wie man Habermas und Mahler in einem Satz zusammengefaßt zitieren kann. Daß daher die Existenz des Staates Israel notwendig ist wie je, aber auch so gefährdet wie seit 1948 nicht mehr, dämmert nur einer Minderheit in der Linken.

Der große Rest weist den Vorwurf des Antisemitismus natürlich weit von sich. Eine auf Völkerverständigung und Minderheitenschutz geeichte bzw. geläuterte Sensibilität gilt dafür ja gerade als Beweis: Antisemit könne man ja nicht sein, weil man ja kein Rassist sei und genau so wenig etwas gegen Juden hätte wie gegen jede andere ethnische *community* (wenn man sich nicht gleich auf das Niveau des syrischen Dikta-

tors, Rassenkundlers und korankundigen Judenfeindes Assad begibt, der insistiert, daß er als Araber ja schlecht Anti-Semit sein könne). In aller Unschuld zeigt sich dementsprechend in allen Reaktionen der Durban-Linken auf das islamistische Großmassaker gerade der in Südafrika kodifizierte Verzicht der Zivilgesellschaft auf manifesten Antisemitismus: Antirassistisch sich gerierende Sympathie für die massenmörderischen Kämpfer gegen das Finanzkapital, den Weltzionismus und die „McDonalds-Massenkultur"; pazifistische Eiseskälte gegen die Opfer, die man nicht einmal erwähnen kann, ohne daß sie zugleich mit an den Haaren herbeigezogenen Vergleichszahlen rationalisiert würden, wie auch schon der Nazi-Großvater nichts von der Judenvernichtung hören konnte, ohne reflexartig das Schicksal der amerikanischen Ureinwohner dagegen in die revisionistische Wagschale werfen zu müssen. Warum nun baute der ursprünglich so respektabel scheinende „Anti-Rassismus" in keiner Weise dem Antisemitismus vor und wurde vielmehr sein zeitgemäßes Ticket? Was macht es, daß der offizielle Antirassismus, von dem ein irgend gearteter Linker sich kaum mehr unterscheidet, als Ideologie der inneren Formierung der multikulturellen Volksgemeinschaft dient? <

(bahamas, 37/2002)

> was muss das fuer ein glueck sein fuer den ewiggleichen buergermob. Endlich muss der jude nicht mehr jude genannt werden, endlich gibt es den israeli. Und weil israel ein ganz normaler staat ist, wie ja auch die linke immer wieder betont, kann buerger xyz auch antiisraelisch argumentieren ohne antisemitisch zu erscheinen, obwohl er natuerlich "die juden" meint, wenn er israel sagt.<

(kiebitz, nhz 04/ 02)

> Liebe Gutmenschen! Die Israelis werden weiterhin Siedlungen bauen, also weiterhin ihre Art Siedlungspolitik betreiben, gerade so, als ob sie es bei Adolf H. oder Heinrich H. gelernt hätten. Das ist die Tragikkomödie der Geschichte. Komisch dass die Opfer von gestern die Täter von heute sind und tragisch, dass sie neue Opfer in den Palästinensern gefunden haben. Mit dem Wissen von gestern, schaut die Gutmenschen Welt von heute den Israelis zu und schweigt!<

(leserbrief auf www.diepresse.at)

> "Täten wir nichts, würde es am Tag fünfmal knallen"<

(Jarden Vatikai, Sprecher des israelischen Verteidigungsministeriums)

> Sie meinen, wir haben den falschen Blickwinkel?

Ja, den haben Sie offenkundig. Die große Mehrheit der Welt verhält sich total anders, als Sie sich in Europa hier verhalten. Begriffe wie Demokratie, wie Menschenrechte sind nur vier Flugstunden von hier nichts mehr wert. Gewalt und Krieg sind dort Mittel, um politische Dinge zu verändern. Und wenn die Deutschen glauben, dass die Welt am deutschen Wesen genesen kann, dann irren sie sich. Deshalb haben wir das große Problem, den Deutschen klar zu machen, dass es zwar gut und schön ist, auf Gewalt zu verzichten, nur dass es für uns Israelis mittlerweile seit 53 Jahren direkt zur Existenzfrage führt.<

(Gespräch im Magazin der FR mit dem israelischen Botschafter Schimon Stein, 9.03.2002)

> Denn mit Rücksicht auf ihre Erfahrungen in den Wahlkreisen sind die Parlamentarier entschlossen, wegen des harten militärischen Vorgehens der Regierung Scharon mit der lange geübten Praxis der Zurückhaltung zu brechen und Israels Politik harsch zu kritisieren. Der SPD-Außenpolitiker Christoph Moosbauer etwa beobachtet, daß sich ein Meinungsumschwung vollzieht: 'Sie werden auf jeder Veranstaltung gefragt, wie viele Waffen Deutschland an Israel liefert', sagt er. Wie Moosbauer forderte auch der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Lamers, das alte Tabu der Zurückhaltung gegenüber Israel zu brechen. 'Wenn Kritik, die vorhanden ist, von der Politik nicht artikuliert wird, entsteht die Gefahr, daß sie Gefühle und Einstellungen ausprägen, die von der Politik nicht gewollt sind', sagte Lamers der 'Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung'. Im Klartext: Gerade das Schweigen in Zeiten des Unmuts könne anti-israelische Gefühle provozieren. Lange, so meint der außenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Ulrich Irmer, habe sich die israelische Regierung stillschweigend darauf verlassen können, daß deutsche Politiker sich wegen der besonderen historischen Verantwortung mit Kritik zurückgehalten hätten. 'Die Zeiten sind vorbei', sagt Irmer, 'die israelische Regierung hat ihr Konto bei weitem überzogen.'

(tagesspiegel, 16.02.02)

Am 5.-7. April wird es in Hamburg ein bundesweites Vernetzungstreffen von Unterstützern und Soligruppen für Mumia Abu-Jamal geben. Auch wenn es etwas kurzfristig ist, drucken wir hier die Einladung der Vorbereitungsgruppen ab. Vielleicht haben ja auch kurzfristig Leute Interesse, sich daran zu beteiligen.
Bei NHZ im Netz (www.zelle79.info/nhz) ist auch noch eine Chronologie von Mumias Verfahren der letzten Jahre und eine Unterschriftenliste zu finden.

Vernetzungstreffen für Mumia Abu-Jamal

Liebe Freunde und Freundinnen,

wir möchten euch alle herzlich zu einem bundesweiten Vernetzungstreffen der UnterstützerInnen für Mumia Abu-Jamal am 6./ 7.4.02 in Hamburg einladen. Angesichts der neuen Entscheidung vom 18.12.01 von Richter Yohn, die eine Zuspitzung in Mumias Fall bedeutet, finden wir es notwendig zusammen zu kommen und die neue Situation gemeinsam zu diskutieren.
Gerade in einer Zeit der Kriegshysterie und der Kriminalisierung jeglicher Kritik gegen solche Ungerechtigkeiten, ist es mehr denn je notwendig die "Stimme der Stimmlosen" entschieden zu verteidigen.

Darüber hinaus möchten wir über die Auswirkungen dieser Entscheidung für den Kampf um Mumias Leben und seine Freiheit hier in der BRD, diskutieren.

Bis jetzt wurden breite und sehr unterschiedliche Aktivitäten überall in der BRD unternommen. Angefangen von Demos, über Unterschriftenaktionen, Konzerte, Besetzungen, Lesungen, Schülerstreik, Filmvorführungen, Infotischen, Mahnwachen bis hin zu Gottesdiensten und Autokorsos. An all diesen Aktionen haben sich Zehntausende Menschen beteiligt und Hunderttausende wurden durch diese Aktivitäten über den Fall von Mumia informiert.

Wir hoffen, dass das Vernetzungstreffen all diese verschiedenen Gruppen und Menschen zusammenbringt, die diese Aktivitäten durchgeführt haben, um unsere Erfahrungen austauschen zu können, engeren Kontakt miteinander zu Stande zu bringen und eine bessere Vernetzung aufzubauen.

Wir denken es wäre sinnvoll, auch über eine bessere Zusammenarbeit mit Mumia Gruppen in Europa und der Mumia Kampagne in den USA zu diskutieren, um gemeinsame internationale Aktionen planen und durchführen zu können.

Die Entwicklungen in Mumias Fall und besonders die letzte Entscheidung haben noch einmal deutlich gemacht, dass die Verantwortlichen in den USA entschlossen sind, Mumia keine Gerechtigkeit zu gewähren. Es liegt an uns und an all den anderen Menschen in der Welt, die in diesem Fall aktiv sind, diese Gerechtigkeit zu erkämpfen. Und das können wir nur durch eine breite entschlossenen Bewegung, in der alle willkommen sind, die Mumia aus den Händen seiner Feinde befreien wollen.

In diesem Sinne hoffen wir viele von euch auf dem Vernetzungstreffen zu sehen und dort gemeinsam unsere Ideen und Vorstellungen, wie wir diesen Kampf voran bringen können, zu diskutieren.

Die Vorbereitungsgruppen

[Solidaritätsbündnis "Free Mumia Abu-Jamal" (Hamburg); Aktionsbündnis für Mumia Abu-Jamal (Berlin); Freiheit für Mumia Abu-Jamal (Heidelberg); Schüler aktiv für Mumia (Hamburg); Schüler aktiv für Mumia (Berlin)]

Freitag, 5.4., 19.00 Uhr
Ankunft B5, Brigittenstraße 5, Schlafplatzverteilung, etc....

Samstag, 6.4., 12.00 Uhr
Vernetzungstreffen im Gemeindezentrum Christuskirche

- Einleitung
- Rede zur aktuellen juristischen und politischen Situation in Mumias Fall
- Diskussion

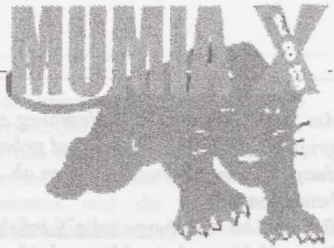
17.00 bis c.a. 20.00 Uhr: Workshops zu folgenden Themen:

- 200.000 Namen für Mumia (UnterstützerInnenplakat, Pressearbeit, Öffentlichkeits-Mobilisierungsarbeit, Verbreitung von Infos.....)
- Vernetzung: wie?
- KünstlerInnenvernetzung für Mumia
- Mumia Arbeit in den Schulen und unter Jugendlichen
- Tausende für Mumia: Bundesweite Demonstration, Internationaler Aktionstag,....
- Die Todesstrafe und das Gefängnissystem in den USA am Beispiel Mumia

ab ca. 22.00 Uhr
Abendprogramm

Sonntag, 7.4. , 10.00 Uhr
Vorstellung der Workshopergebnisse
Diskussion, Zusammenfassung

Weitere Infos und Anmeldungen beim
Solidaritätsbündnis
"Free Mumia Abu-Jamal"
c/o Brigittenstr.5,
20359 Hamburg
Tel: o4o/43 18 90 37
(Anrufbeantworter vom Koordinationskreis)
Fax:040/ 43 18 90 38
mumiavernetzung@yahoo.de

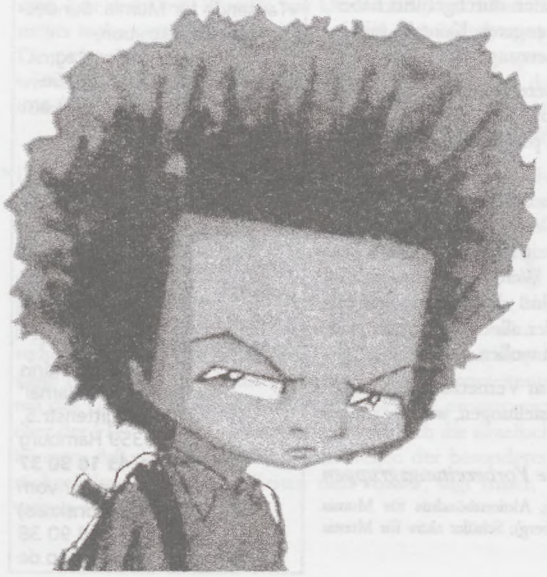


Chronologie eines versuchten Justizmordes

Mumia Abu-Jamal sollte schon am 2. Dezember 1999 hingerichtet werden, als der Oberste Gerichtshof der USA seinen Antrag auf eine Wiederaufnahme des Verfahrens abgelehnt hatte. Das war das zweite Hinrichtungstermin (ein früherer, in 1995, konnte im letzten Augenblick verschoben werden).

Seit dem zweiten Verschieben wartet er auf die Entscheidung des Bundesrichters William Yohn, ob Beweismaterial, das bei dem Prozess im Jahre 1981 und bei späteren Revisionsversuchen nicht zur Verfügung stand, doch einen neuen Prozess rechtfertige. Bei einer abschlägigen Entscheidung bliebe Mumia nur noch die Hoffnung auf dem Obersten Gerichtshof in Washington, der ja, mit rechtslastiger Mehrheit, die Wiederaufnahme des Falls schon einmal abgelehnt hatte.

Alles wartete also auf Yohn. Doch im Februar 2001 beschloß Mumia, sich von seinen bisherigen Anwälten zu trennen und sich einem neuen Team anzuvertrauen – dabei auch Experten in Todestraffällen wie Marlene Kamish, Eliot Grossman und den Engländer Nicholas Brown. Mumia hatte sich geärgert, dass der frühere Anwalt Dan Williams ein Buch über den Fall veröffentlicht hatte - ohne sein Wissen, gegen seine Prinzipien und gegen das Reglement der Anwalt-Klient-Beziehungen.



Anfang Mai 2001 gaben die neuen Anwälte vor der Presse in Philadelphia fünf eidesstattliche Erklärungen ab. Mumias Bruder Willy Cook schilderte, wie die Schießerei im Dezember 1981 begann und wie – als der Polizist Daniel Faulkner schon tot am Boden lag und die Täter geflohen – der gerade angekommene Mumia von einem anderen Polizisten angeschossen wurde. Mumia sagte auch selbst aus: Er hat mit den Schüssen auf den Polizisten nichts zu tun, wurde von einem anderen angeschossen, dann geschlagen und gequält. Als dritter sagte der Journalist Linn Washington aus: Er war ganz mißtrauisch als er am Tatort keine Polizisten oder Wachposten vorfand, als ob es nichts aufzuklären gäbe. Als vierter sagte Donald Hersing aus. Der FBI-Informant, Leiter eines Klubs (und halben Puffs) schilderte, wie Polizisten bei ihm und anderen Klubs ein und aus gingen, Geld von Klubbesitzern, Zuhältern und vor allem Prostituierten erpressten und nach oben – teilweise – weiterreichten.

Als wichtigster schließlich: Arnold Beverly gestand, dass er und ein anderer Mann von dem Gangstermob in Philadelphia bezahlt wurden, den Polizisten deshalb zu töten, weil er den Filz und die Korruption untersuchen wollte und damit bedrohte. Mumia und sein Bruder wären unschuldig!

Dieses überraschende Geständnis (vielleicht aus einer Art solidarischen Reue – wie in neuerlichen, etwa vergleichbaren Fällen) paßte in allen Details mit dem Werdegang, den Mumia und Cook schilderte – und klärte viele der bisher ungelösten Fragen des Falls auf.

Es war klar, dass ein solches Geständnis der Staatsanwaltschaft und dem Polizeiverband die erhoffte Hinrichtung eines "Störenfrieds" – eines schwarzen Journalisten, der immer gegen Rassismus und Polizeibrutalität wirkte – verhindern könnte. Also begannen sie – leider auch einige biegsame Journalisten - das Geständnis als "lächerlich" hinzustellen.
Das neue Team bat um eine Anhörung im Gericht von Pennsylvania. Doch im November lehnte es die Richterin Paula Dembe in Philadelphia ab, neue Aussagen und das Geständnis anzuhören. Die Zukunft sah sehr finster aus.

Kurz vor Weihnachten kam endlich der Beschluß von dem höhergestellten Bundesrichter William Yohn, wobei viele Medien, die den Fall bisher ignoriert hatten, plötzlich voll davon waren. Was Yohn sagte schien sowohl geeignet, den Fall zum Abschluß zu bringen als auch den Kampf um Mumia abzuschwächen. Yohn stellte erst fest, dass der "Schuldig"-Spruch der Geschworenen gegen Mumia unabänderlich sei, weshalb er auch die neuen Aussagen und das Geständnis Beverlys als "zu spät" ablehnte. Doch

wegen Unregelmäßigkeiten des Richters bei den Instruktionen an die Geschworenen wäre der Todesspruch ungültig. Er hob ihn auf, gab den Fall einem Pennsylania-Gericht weiter, um neu über das Strafmaß zu entscheiden – nicht aber über Schuld oder Unschuld. Alle Strafen sind möglich, auch wieder ein Todesurteil. Wenn aber in 180 Tage nichts entschieden wird, soll Mumia automatisch lebenslänglich eingesperrt bleiben. Die Staatsanwaltschaft hat sofort dagegen Einspruch erhoben: sie will weiterhin die Hinrichtung. Auch Mumias Anwälte legten Einspruch ein: sie bestehen weiter darauf, das Geständnis und neue Unschuldsbeweise vorzutragen. Auch wollen sie eine Lücke benutzen, die Yohn gelassen hat: er gab zu, die Auswahl der Geschworenen 1982, wo fast alle schwarze Kandidaten ausgeschlossen wurden, könnte einen Grund zur Revision bieten.

Jetzt kämpfen also Mumias Anwälte darum, Yohns Beschluß, dass Mumia schuldig sei, zu revidieren. Sie versuchen weiterhin, bei neuen Verhandlungen einen Freispruch zu erreichen, sie versuchen, die neuen Beweise und das Geständnis anhören zu lassen, und sie versuchen, die Annullierung des ursprünglichen Schuldspruchs wegen offensichtlichen Rassismus zu erreichen. Ein komplizierter Kampf. Doch vor allem geht es darum, so viel Druck von unten zu entwickeln, von Menschen in den USA und der Welt, dass die Behörden sich aus politischen Gründen gezwungen sehen, Mumia freizulassen. Auch deutsche Proteste haben bisher geholfen, Mumia vor dem Tode zu retten. Gemeinsam mit den anderen können sie weiterhin helfen. Je lauter desto besser.

Die Klavierspielerin

„(...) Er ahnt bereits seine Geistesflucht, er leidet schon bis in die feinsten Äderchen darunter, verabschiedet sich von seinem bewußten Leben bereits in die Engels- und Dämonenchöre hinein, doch er hält es noch ein allerletztes Mal fest, schon seiner selbst nicht mehr voll bewußt. Ein sehnsüchtiges Nachhorchen noch, die Trauer um den Verlust des Kostbarsten: seiner selbst. Die Phase, in der man noch weiß, was man an sich selbst verliert, bevor man ganz preisgegeben ist. (...)" elfriede jelinek - die klavierspielerin

Ein trashige Verbeugung vor dem Film „Die Klavierspielerin" ist die ironische Darstellung des Gesichtsausdrucks von Isabelle Huppert in einer fast zehn Sekunden langen Kameratotale durch Harald Schmidt.

"Die Klavierspielerin" ist ein Film von Michael Haneke, der schon durch andere Filme wie "Bennys Video" oder "Funny Games" für die Betrachtenden sehr schmerzhafte Studien unternommen hat, die meist blankes Entsetzen zu Tage brachten. Dieser Film hat den gleichnamigen Roman der österreichischen Schriftstellerin Elfriede Jelinek zur Grundlage. Um es ohne große Umschweife geradeheraus zu sagen: Dieses Buch war ein Monstrum, durch das ich die Kraft hatte mich hindurchzulesen. Eine Herausforderung der literarischen Sinne in einer meine Lesegewohnheiten sprengenden Sprache und voll von quälenden Sezierungen deformierter Charaktere. Ein erstickender Schrei, der sich in meine verklebten Gehirnwindungen hineindrängte und sich dort lange Zeit als Echo reflektierte. Also, ein Stück Literatur, das hängenbleibt und unweigerlich Reaktionen hervorrief.

In Österreich wird diese Schriftstellerin im übrigen durch die Konservativen und FPÖ-ParteigängerInnen massiv angefeindet. Eine Ausgangslage, in der ich versucht sein könnte, diesen Film, da auch Haneke ein sperriger Österreicher ist, als einen Partikel des Kampfes gegen ein sich immer ungenierter rechtskonservativ gebendes politisches Klima in Österreich zu verstehen. Doch das wäre ein anderes Thema.

Die Handlung ist im Bildungsbürgertum der europäischen Metropole Wien anzusiedeln. Ein Ort der künstlerischen und intellektuellen Hochkultur und auch im ausgehenden 20. Jahrhundert voller ausgesprochener und heimlicher Konventionen. Der/die BetrachterIn wird durch eine klare und völlig unaufgeregte Bildersprache ZeugIn einer unheimlichen zwischenmenschlichen Trägödie.

Erika Kohut, Tochter, Professorin für Musik, spezialisiert auf Schumann und Schubert und zudem gescheiterte Konzertpianistin, ist an einem Wiener Konservatorium für die Ausbildung Jugendlicher am Klavier zuständig, die dort meistens auf Wunsch der Eltern das Handwerk zur Erlangung einer musikalischen Karriere erlernen oder das Rüstzeug musikalischer Praxis und Ästhetik für spätere gesellschaftliche Aufgaben erhalten sollen. Sie lebt zusammen mit ihrer Mutter in einer Wohnung und einem Bett und hat mit ihr ein Verhältnis, das mensch als eine auf die Spitze getriebene Hassliebe bezeichnen kann. Die Mutter ermöglichte ihr das Ausleben ihres Hobbys, der Musik, natürlich nicht ohne Eigennutz und trieb sie in die völlige zwischenmenschliche Isolation: In ein Leben, das für Erika aus dem Wunsch nach der musikalischen Bühnenpräsenz als Konzertpianistin und der absoluten Hingabe zur Mutter bestand.

Der Film, der sich ansonsten recht streng an die literarische Vorlage hält, lässt die Kindheit und Jugend Erikas und die Situationen, die zur wenig geliebten Professur am Konservatorium führten aus und wirft das Publikum kalt in die noch kälteren Räume der Hochkultur.
Die intelligente Professorin lebt in einem straffen Korsett zwischen der blutleeren Atmosphäre im Konservatorium, der Gewissheit einer gescheiterten Karriere als Konzertpianistin und der absoluten Unfähigkeit, sich von dem verhängnisvollen psychischen Abhängigkeitsverhältnis zu ihrer Mutter zu lösen.

Als Folge spielt sich bei Erika, das, was mensch gemeinhin Leben nennt, in äußerst limitierten Bahnen ab. Kleider verschwinden ungetragen im Schrank oder zerschnitten im Mülleimer, Geld auf dem Konto für die bald zu kaufende Eigentumswohnung in einer besseren Gegend, die Liebe zur Musik löst sich durch die Weitergabe der von der Mutter zugefügten Qualen an die noch wehrlose-

ren Opfer - die SchülerInnen - im Nichts auf. Ein weiteres wichtiges Thema, das sich öffnet, ist das Problem der Sexualität. Diese konnte sich bei Erika aufgrund der ständigen Interventionen durch ihre Mutter nicht entwickeln und bahnt sich doch als um sich schlagender Dämon einen Weg durch die Existenz von Erika. Dieser demaskiert sich zuweilen in skurrilen Formen, z.B. als sie in einem Pornokino an einem spermaverklebten Papiertaschentuch riecht. Doch meist wird sie durch den Drang nach Lust erniedrigt und gequält. Dass sie in dem Spiel der Macht die Verliererin ist, offenbart die Szene, in der sie sich die Klinge, die eigentlich für Walter Klemmer bestimmt war, der sie wenige Stunden zuvor psychisch und dann auch physisch vergewaltigt hat, tief in ihre linke Brust versenkt und dann schwankend das Konservatorium in unbestimmte Richtung laufend verlässt.
Der Film schafft es außerordentlich gut, die Betrachtenden tief in die Sessel zu drücken, denn im Laufe der Minuten entwickelt sich ein Kammerspiel, dass den ZuschauerInnen unfassbare emotionale Brutalität in den Beziehungen zwischen den Menschen, schonungslos aber nicht reißerisch, zumutet.

Es ist dafür nicht notwendig, viel Blut fließen zu lassen. Vielmehr schafft der Film eine sehr verdichtete Atmosphäre, in der sich die AkteurInnen permanent psychischer Gewalt hingeben. Ich fand mich häufig in Situationen wieder, in denen ich fassungslos den Kopf schüttelte und leise vor mich hin flüßterte: `Das kann doch nicht wahr sein`.

Absolut grandios erschien mir die körperliche Wiedergabe der zerrissenen Figur Erika durch Isabelle Huppert, die durch ihr überzeugendes, unaffektiertes Darstellen viel zum Gelingen dieses Filmes beigetragen hat. Bei längerem Nachdenken scheinen mir sogar die Hände feindselig über die Klaviertastatur gestrichen zu sein.

[emokid]

Di, 04.04. bis Do 06.04. im OBENKINO

Ratschläge sind auch Schläge

Die Dönhoff gibt den Löffel ab

Marion Gräfin Dönhoff entschlief dem Leben. Kein anderer Mensch hat Deutschland, die Welt und das Universum so geprägt wie sie. Die bekennende Seidenschalträgerin verfasste viele bedeutende Essays, Kolumnen und Einkaufszettel. Von 1946 bis 2002 schlich sie mit dem Charme einer Gartenkralle durchs Verlagshaus und führte Kollegen durch ihre geschätzten Auskünfte auf den richtigen Weg. Sie war Motor, Auspuff und Keilriemen der Wochenzeitung DIE ZEIT, einem Blatt für Philosophen, Wissenschaftler, Politiker und andere, die sonntags eine Ausrede dafür brauchten, warum sie dumm zu Hause saßen.
„Moral, Moral - du kannst mich mal!" dachte eigentlich niemand, der die Dönhoff im roten Porsche durch Hamburg flitzen sah. Diesen Luxus gönnte man der Gräfin, nachdem sie 1945 in ihrer Heimat Ostpreußen ganz ohne Chauffeur die Zügel hochgerissen hatte, um zum legendären „Ritt gen Westen" aufzubrechen. Was wenige wissen: In der Nähe von Krakau fuhr ihr irrtümlich ein Panzer über das Gesicht..
Ihr ausgeprägter Sinn für Gerechtigkeit trieben die Dönhoff in den Journalistenberuf. Beinahe hätte sie Willy Brandt auf seiner wichtigen Osteuropa-Reise 1970 begleitet, bevor tiefgehende Recherchen offenbarten, dass der schon etliche Reporterinnen vor ihr geknattert hatte. Sofort zog die Gräfin ihre Teilnahme zurück. Nichts lag ihr ferner, als eine unter vielen zu sein.
In den folgenden Jahren lösten ihre Artikel unter anderem die Kashmir-Krise und den Golf-Krieg. Wäre sie damals nicht im Urlaub gewesen, würde John Lennon sicher auch noch leben. Und Barschel sowieso. Aber sie konnte schließlich nicht jeden retten. Bis zu ihrem Tode tatterte sie weise durch die Redaktionen und erfreute besonders junge Kollegen mit gutgemeinten Ratschlägen zu Niveau und Qualität. Wenn die Alte sich dann nach drei oder fünf Stunden erhob, um andernorts pflichtbewusst einen Friedens- oder Schönheitspreis einzusacken, atmeten ihre Schüler nicht selten betroffen auf. Sie war eben der Vileda-Wischmob des Mediengeschäfts - trotz tiefer Falten nicht kaputtzukriegen.
Marion Gräfin Dönhoff starb im Alter von 92 Jahren, als sie ausrechnete, wie viel ihr ehemaliger Grundbesitz in Ostpreußen nach der NATO-Osterweiterung wert sein würde.
Zack-Bumm, ward sie stumm. Aus die Maus im Pressehaus. Endlich darf Helmut Schmidt ihr Büro annektieren. So schließt sich der Kreis der Geschichte.
Marion Gräfin Dönhoff - eine Frau wie das World-Trade-Center.

[artimon]

Die Liebe ertrag ich nur wenn sie schiefgeht

Eine Abordnung von Glück reißt
den hohen schillernden Ballon mit sich:
Laß uns viele Briefe senden
Wir erzählen uns unser Leben,
reden endlos, besprechen wichtiges Laß uns
gemeinsam wohnen und beieinander ausruhen
Trösten und trinken, prügeln, lachen, waschen
Ball spielen, Zeitungen zerknüllen
einige Tage lang...

(Nein nie!) Niemals aber sind Gefühle solch
einzigartige tiefe, bizarre, düster bedrohliche,
glühend ergötzliche Strudel wie im Unglück:
Die Frau der Träume nimmt einen anderen - *auuuu*
Die Frau der Träume zerreißt meine Briefe - *mmmhh*
Ihre neidvollen Eltern legen ihr Fesseln an - *oh oh*
Sie siedelt für immer an die andere Halbkugel - *neiiin!*
Sie entdeckt die gleichgeschlechtliche Liebe - *na aber*
Sie liebt einen schwer kreativen 16-Stundenjob - *puh*
Fährt mit 170 Klamotten auf einen stehenden Truck - *aua*
Sie stirbt an einer tückischen Krankheit - *gar nicht schön*
Oder:
Ich heirate sie Mit einem Mal aber finde ich
ihre Freundin, die uns täglich besucht
viel viel aufregender ... Mißgeschicke,
Mißgeschicke – *Herrlich!*

[hk]

BEAUTIFUL PEOPLE

GB 1999 107 Minuten
Regie: Jasmin Dizdar

Die Situation von Immigranten in London schildert der Film BEAUTIFUL PEOPLE. Entstanden ist dabei eine zutiefst menschliche Komödie - ein rasanter, überraschender, bunt schillernder Film über Liebe, Haß, Chaos und Bestimmung, Sinn und Eigensinn, Engel und Bestien, eine zärtliche Groteske über die Menschlichkeit.

Mo 01.04., Di 02.04. 21 Uhr
Mi 03.04. 20 Uhr
OBENKINO im Glad-House

NEWENAS WEITE REISE

Kinderfilm, BRD/Bulgarien 2000 92 Minuten
Regie: Nenad Djapic

Jan lebt in Hamburg. Seine Eltern haben wenig Zeit für ihn. Deshalb bringt seine Mutter ihn in den Ferien mit dem Auto zum Onkel nach Genua. Auf dem Weg dorthin haben sie einen Unfall, in den das Mädchen Newena verwickelt ist. Sie ist auf der Flucht aus einem Kriegsland und aus Angst vor der Polizei rennt sie davon. Als blinder Passagier trifft Jan Newena auf dem alten Frachter seines Onkels wieder. Die beiden unternehmen zusammen eine abenteuerliche Reise. Als Newena krank wird, macht Jan eine wichtige Lebenserfahrung...

Di 02.04., Mi 03.04. 9 Uhr
OBENKINO im Glad-House

HAVANNA, MI AMOR

Original mit dt. Untertiteln
BRD 2000 80 Minuten
Regie: Uli Gaulke

Jeden Abend versammeln sich die BewohnerInnen Havannas vor ihren Fernsehgeräten, um in die Welt der Telenovelas einzutauchen. Doch immer öfter können die altersschwachen sowjetischen Lizenzgeräte den Wunsch nach Zerstreuung nicht mehr erfüllen. Dieser Dokumentarfilm von Uli Gaulke erzählt vom Kampf um die letzten Bilder und vom Alltag zwischen den Folgen dieser Endlosserien... Eine Hommage an die Liebe, die alten Fernseher und an eine der schönsten Städte dieser Welt.

So 7.4. 20 Uhr, Mo 8.4. 21 Uhr
Mi 10.04. 20 Uhr
OBENKINO Glad-House

Jazz & Cinema 51 präsentiert:
Stummfilm mit Musikbegleitung

DIE MUTTER

UdSSR 1926 95 Minuten,
Regie: Wsewolod Pudowkin.

Der Film erzählt die Tragödie einer Arbeiterfamilie im Rußland des Jahres 1905: Während sich der Vater resigniert einer reaktionären Organisation anschließt, unterstützt der rebellische Sohn Pawel die Arbeiterbewegung; die Mutter scheitert bei der Vermittlung der unversöhnlichen Standpunkte. Als der Vater getötet und Pawel verhaftet wird, stellt sie sich auf die Seite der Aufständischen... Pudowkins Stummfilmadaption des Gorki-Romans ist der erste Teil seiner Revolutions-Trilogie, es folgten "Das Ende von St. Petersburg" (1927) und "Sturm über Asien" (1928).

Die Musik zum Film wird von TONY BUCK (dr, electronics) gespielt.

Tony Buck wird als einer der kreativsten und abenteuerlichsten australischen Exporte betrachtet. Er engagiert sich als Schlagzeuger in einer großen Anzahl von Projekten. Vielleicht am bekanntesten ist seine Arbeit mit THE NECKS und mit der Hardcore/Impro-Band PERIL.

Mo 15.04. 20 Uhr
OBENKINO im Glad-House

Kartenvorverkauf bis Montag 15.04., 11 Uhr in den Filialen der ABC Buchhandlung Cottbus Buch und Billig, Hochhaus Stadtpromenade 6 und in der Mensa, BTU Cottbus zum Preis von 5,00 €, Restkarten an der Abendkasse zum Preis von 7,50 €, an der Abendkasse keine Ermäßigung

OUTLAWS

BRD 2000 93 Minuten Dokumentarfilm von Rolf Teigler

OUTLAWS ist ein Film über eine Gruppe junger Gefangener in der Jugendstrafanstalt Ichtershausen bei Erfurt. Der Film begleitet sie in ihrem Alltag, im Kraftraum, in der Metallwerkstatt, beim Kochen des alltäglichen Knastmenüs, Nudeln mit Tomatensauce. Wir erfahren viel über ihren Weg in die Kriminalität, ihr Leben im Gefängnis und ihre Zukunft nach der Haftzeit. Am Ende drehen die Jugendlichen ihren eigenen Film, die Geschichte eines jungen Gefangenen und seine ersten Stunden im Knast...

Fr 19.04., Sa 20.04. 21 Uhr
OBENKINO im ZBV
So 21.04. 20 Uhr
Mo 22.04.,Di 23.04. 21 Uhr
Mi 24.04. 20 Uhr
OBENKINO im Glad-House

asn-café

Zelle79, Parzellenstr.79 in Cottbus

fr, 05.04. - **überraschungsfilm**

fr, 12.04. - **tischtennisturnier**

fr, 19.04. - **französischer abend**
mit entsprechender musike (ska - punk -hiphop) und dem film "liebe das leben"

fr, 26.04. - **gewalt und antifaschismus**
diskussion um's für und wider.
schaut nach flyern!

fr, 03.05. - **sport und spiel;**
aba nich' zuviel. mal kukken, was das schöne wetter alles möglich macht ...

fr, 10.05. - w.u.t. / wissen und tricks
tips und tricks für antifas
schaut nach flyern!

los geht's immer um 15.00 uhr

vorschau auf mai

11.5. Gladhouse

BenefizKracherTeil für das CHEKOV

° der laden muss ja fertig werden
° kohle ham wa nich
° kommen so rockbands und posen
° und die vom GLADHOUSE lassen uns bei denen rein

man sollte sich auf flyer konzentrieren

Buntes Haus

forst - parkstr. 007 - f-town einlass 21.00

13.04. **raggatacke**
geile liveband mit 4 sängern-2 davon aus jamaika
+
soundsystem
mische aus dancehall-dub-ragga)
+
manteca drums
(5köpfige band die mit percussion & didgeridoo mystische- reininstrumentale schwingungen erzeugt)
abgerundet wird das ganze von dj's & na xtra cocktailbar

26. 04. **benefiz für www.inforiot.de**
mit: **c.z.d.**
(punkrocklegende aus slowenien, die gibbet seit mitte der 80er)
lightyear
(ska/punk vonna insel aka uk)
chispas
(punk, bremen)
20.00 stellen die riots sich & die alternative szene brandenburgs vor

30. 04. ***tanz in den mai mit:***
the tiki tiki bamboooms
surf - hawaian style oder surf-trash
exotica
mit leuten aus japan & usa dazu drehen **delantero de sol, lady happyness & andere** *die platten*

+ vieles mehr, weil: it' s a birthdayparty of viele leute @ buntes haus!!!!

1. 5. wie immer : hoffest
>watch 4 flyer!!!!!!!

18.05. pfingstHCfestival # 3